

fluter.

Das reicht doch nicht

THEMA
Armut

Editorial

Armut ist nicht die Schande der Armen. Sie sollte ein Skandal für die Reichen sein. Oft genug wird sie aber ignoriert, verdrängt, wegerklärt. Wer ist schon reich, wenn es um die Armut der anderen geht?

Wer sich die Armut der untersten Milliarde der Menschheit ansieht, wird feststellen, dass Reichtum immer wieder aus verarmenden Verhältnissen entspringt. Vom Rohstoffreichtum Sambias haben dort nur wenige etwas, am Hauptsitz eines Konzerns in der Schweiz umso mehr. Das hat durchaus System, ist nach wie vor eine der Schattenseiten der real existierenden Globalisierung. Ideen und Vorschläge, dem etwas entgegenzusetzen, gibt es, um sie wird seit Jahren öffentlich gerungen. Ihre Realisierung ist schwierig, denn es geht nicht nur um Aufklärung. Es geht um Macht, um hohe Profitraten und auf der Gewinnerseite um durchaus angenehme Routinen ungerechter Zustände. Immerhin, es geht auch anders. In China hat der Kapitalismus in kurzer Zeit seine Aufstiegsdynamik für Abermillionen Menschen bewiesen. Doch auch hier ist der Preis hoch, die Schere zwischen Arm und Reich hat extreme Ausmaße angenommen. In Ländern wie Brasilien zeigt sich, dass der Kampf gegen die Armut auch Fragen nach der gerechteren Verteilung des Reichtums stellt.

In Deutschland muss niemand im Elend der „absoluten Armut“ leben. Aber auch hier, mitten in einem milliardenschweren Sozialstaat, stellen sich immer drängender Fragen. Die Wirklichkeit der Armut wird ja nicht angenehmer, weil diese nur noch relativ ist.

Wenn Zigtausende Menschen trotz Arbeit nicht genug Geld zum Leben haben, wenn mehr als eine Million Kinder von Armut betroffen sind, wenn jetzt schon und in Zukunft noch viel mehr Rentner verarmen, wenn Alleinerziehende armutsgefährdet sind und wenn mehr als die Hälfte der deutschen Kommunen von der Zahlungsunfähigkeit bedroht ist – dann ist das auch bei uns den öffentlichen Streit wert.

Der deutsche Sozialstaat wurde von Bismarck vor mehr als 120 Jahren aus der Taufe gehoben. Auch an seinem Beginn stand der öffentliche Streit im Kampf gegen Armut. Die Systeme der gesellschaftlichen Solidarität haben sich seitdem weiterentwickelt, sind durch Krisen und Kriege gegangen. Dieses Gut zu modernisieren und besser zu organisieren wird eine der wesentlichen politischen Fragen der nächsten Jahre sein. Armut ist immer auch ein Hinweis auf die Notwendigkeit, die Verhältnisse ihrer Entstehung zu ändern. **Thorsten Schilling**

**fluter-Abo
gratis!**

unter www.fluter.de



Manchmal sieht man die Armut gar nicht:
Lager eines Obdachlosen vor historischer Kulisse

Inhalt

Muss das sein? 5
Zuerst mal klären wir ein paar grundsätzliche Fragen

Die Werkstatt der Welt 10
In China sind Millionen Menschen zu Wohlstand gekommen. Als Vorbild taugt es dennoch nicht

DOSSIER: Armut in Deutschland

Das reicht einfach nicht 12
Arm trotz Arbeit: Manche rackern von früh bis spät und haben dennoch zu wenig Geld

Den Schuh zieh' ich mir nicht an 14
Ein Mädchen erzählt, wie es ist, wenn alle anderen Klassenkameraden mehr haben



Uns geht's doch gut! Oder etwa nicht? 16
Wir haben zwei Experten gefragt, ob wir zu viel jammern oder eher zu wenig

Wir sind Griechenland 20
Man muss gar nicht weit fahren, um Städte zu finden, die völlig pleite sind. Ins Ruhrgebiet reicht schon

Nichts da 22
Im Alter will man sich eigentlich keine Sorgen mehr machen. Dieses Glück ist immer weniger Menschen beschieden

Früher gab es Austern 24
Frau und alleinerziehend: Wenn das zusammenkommt, ist das Armutrisiko leider besonders hoch. Besuch bei einer Betroffenen

Centerfold: Anfang vom Ende 26
Unser Schaubild zeigt, was geschehen muss, um die Welt gerechter zu machen

Oben und unten 28
Die Kupferminen in Sambia werden von einem Schweizer Unternehmen ausgebeutet. Das afrikanische Land hat so gut wie nichts von seinem Rohstoffreichtum



Helden der Arbeit 32
Viele Mexikaner, die in den USA arbeiten, schicken Geld in die Heimat, damit ihre Familien dort überleben können

What goes on 36
Weil es in den USA schon länger den Bach runtergeht, fragen sich Wissenschaftler inzwischen, ob Armut womöglich vererbbar ist

Nicht Jacke wie Hose 38
Niemand muss heute mehr in Lumpen herumlaufen. Bei Primark und anderen Textildiscountern gibt es die Jeans für wenige Euro. Den wahren Preis zahlen andere

Auf der Kippe 41
Wie indische Müllsammler versuchen, ihr Leben zu bestreiten

Über'n Berg 42
Es ist noch nicht lange her, da dachte man bei Brasilien gern mal an riesige Slums. Doch das Land hat einen erstaunlichen Aufstieg hinter sich. Nur wie kam es dazu?

Ein Hunni für jeden 46
In Namibia wurde das Grundeinkommen getestet

Weniger ist mehr 47
Manchmal ist ein erfüllender Job eine größere Bereicherung als ein dickes Konto

Armut, die es nicht ins Heft geschafft hat 49

Hoi Polloi, Vorschau und Impressum 50

Muss das sein?

Sind manche Länder von vornherein benachteiligt? Warum ist Afrika so arm und Europa so reich? Und ist Armut eine Charakterfrage? Hier gibt es erst einmal ein paar Antworten auf grundsätzliche Fragen

Text: Oliver Gehrs & Oliver Geyer; Illustration: Frank Höhne

Warum haben so viele Menschen nichts zu essen, obwohl doch genügend da ist?

Mehr als zwei Drittel der Menschen, die nicht genug zu essen haben, sind Kleinbauern. Keine gesicherten Verhältnisse beim Landbesitz, zu niedrige Erzeugerpreise, mangelnder Zugang zu Saatgut und Dünger: All diese Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Kleinbauern nicht aus der Hungersnot befreien können. Zudem schöpfen große Nahrungsmittelkonzerne aus der Produktion und der Vermarktung von Agrarprodukten große Gewinne, während Millionen Menschen hungern und Kleinbauern vertrieben werden.

Ein Problem ist auch das sogenannte *Landgrabbing*, bei dem Regierungen oder auch Konzerne in anderen Ländern Ackerland kaufen oder pachten, um für ihre eigene Bevölkerung vorzuzusorgen oder Gewinne zu erwirtschaften. „Immer mehr Menschen

werden vertrieben, oft mit Gewalt, ohne vorherige Konsultation oder Entschädigung“, sagt die Oxfam-Agrarexpertin Marita Wiggerthale. Laut Oxfam wurde in den vergangenen zehn Jahren Agrarland an internationale Investoren verkauft oder verpachtet, dessen Fläche zusammengerechnet sechsmal so groß war wie Deutschland.

Einen weiteren Grund für den Welthunger sehen viele Experten in der Spekulation mit Nahrungsmitteln. So spekulieren Händler zum Beispiel auf steigende Getreidepreise und treiben diese damit in die Höhe. In der Folge ist es etwa in Ägypten zu Protesten gekommen, weil sich der Brotpreis verdoppelte. Die Weltbank schätzt, dass bedingt durch die Hochpreisphase 2007/2008 etwa 100 Millionen Menschen zusätzlich Hunger litten, weil sie die höheren Preise nicht mehr bezahlen konnten.

Welche Länder sind überhaupt arm?

Die meisten armen Länder befinden sich in Afrika, wobei nicht alle Teile Afrikas arm sind. So ist Südafrika in seiner Entwicklung wesentlich weiter als zum Beispiel der Tschad oder Mauretanien. Der Oxford-Professor und ehemalige Leiter der Forschungsabteilung der Weltbank, Paul Collier, schlägt als Bezeichnung für die ärmsten Länder der Welt das Kürzel „Afrika+“ vor, wobei das Plus für Länder wie Haiti, Bolivien, Laos, Kambodscha, Myanmar, Jemen und Nordkorea steht. Laut Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen (Human Development Report 2011) befindet sich unter den 20 ärmsten Ländern der Welt mit Afghanistan tatsächlich nur ein einziges, das nicht in Afrika liegt.

Sind manche Länder von vornherein benachteiligt?

Wenn ein Land keinen Zugang zu den Weltmeeren hat, ist es in seiner Entwicklung gehemmt – vor allem, wenn dieses Land von Nachbarn umgeben ist, die ebenfalls eine schlechte Infrastruktur haben. Darüber sind sich die Experten einig. In Afrika gibt es einige Länder, auf die das zutrifft. Allgemein gilt auch ein extremes Klima als Armutsfaktor. Manche Historiker sind der Auffassung, dass die Armut mancher Länder mit der Kolonialisierung zusammenhängt. Tatsächlich zerstörte die imperiale Politik westlicher Staaten in vielen Ländern das soziale Leben: Die Urbewölkerung wurde versklavt oder ausgerottet, das bestehende Wirtschaftssystem durch ein System ersetzt, das vor allem den europäischen Nationen nützte. Durch willkürliche Grenzziehungen kam es nach der Unabhängigkeit in vielen Ländern zu Kriegen. Dauerhaft geschwächt werden Staaten auch durch Tropenkrankheiten. „Malaria hält ein Land in der Armut fest“, schreibt Paul Collier. „Der potenzielle Markt eines armen Landes wiederum ist für Pharmaunternehmen nicht attraktiv genug.“

Warum sind so viele Länder trotz ihrer Rohstoffe arm?

Unter „Dutch Disease“ – Holländische Krankheit – versteht man das Paradox, dass manche Länder gerade aufgrund ihrer reichen Bodenschätze verarmen (vor der holländischen Küste waren 1960 große Erdgasvorkommen entdeckt worden), da insbesondere arme Länder dazu neigen, ihre Wirtschaft ausschließlich auf den Export dieser Rohstoffe auszurichten und dabei den Aufbau anderer Industriezweige vernachlässigen. Sinken die Weltmarktpreise für die Rohstoffe, geraten die Staaten in eine Schuldenfalle.

Ein anderer Grund für den Abstieg von rohstoffreichen Ländern liegt in der Gefahr, dass um die Bodenschätze Kriege geführt werden und die Erlöse aus deren Verkauf die Konflikte verlängern. So wurde der Bürgerkrieg in Angola auf beiden Seiten durch den Verkauf sogenannter Blutdiamanten finanziert. Ein anderes Beispiel ist die Demokratische Republik Kongo, die über große Coltanreserven verfügt. Der Kampf um diesen für die Handyproduktion wichtigen Rohstoff ist ein Treiber des dortigen Bürgerkrieges, der bisher mehr als fünf Millionen Opfer gefordert hat.

Je stabiler die Regierungen sind, desto eher tragen Bodenschätze zum Wachstum bei: Die Golfstaaten, aber auch Norwegen gehören wegen ihres Öls zu den reichsten Ländern der Erde.

Hat die Globalisierung zur weltweiten Armut beigetragen?

Das kommt darauf an, welche Weltregion man betrachtet. So sind manche ehemals sehr arme Länder Gewinner der Globalisierung, weil sie aufgrund der niedrigen Lohnkosten produktionsintensive Industrien angezogen haben. Sportartikelhersteller oder auch Computerfirmen lassen billig in Südostasien produzieren, wodurch es dort einen Aufschwung gab – auch wenn es berechtigte Kritik an den Arbeitsbedingungen gibt. „Die Globalisierung hat die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen seit 1990 in Indien um 200 Millionen und in China um 400 Millionen verringert“, schreibt der US-amerikanische Wirtschaftsprofessor Jeffrey Sachs, der auch die UN berät. Die Entwicklung in Asien hat aber auch dazu geführt, dass manche Länder in Afrika noch weniger Chancen haben, der Armut zu entkommen, da sich die Investitionen weltweiter Unternehmen und Banken auf andere Länder konzentrieren.

Auch, dass Kapital so mobil wie nie zuvor ist, gereicht den armen Ländern eher zum Nachteil: So werden Vermögen eher dort investiert, wo man schnell hohe Renditen erzielen kann. Anstatt dringend benötigtes Privatkapital zu bekommen, fließt das Geld aus armen Ländern sogar ab. So befand sich bereits 1990 mehr als ein Drittel der Privatvermögen Afrikas im nichtafrikanischen Ausland.

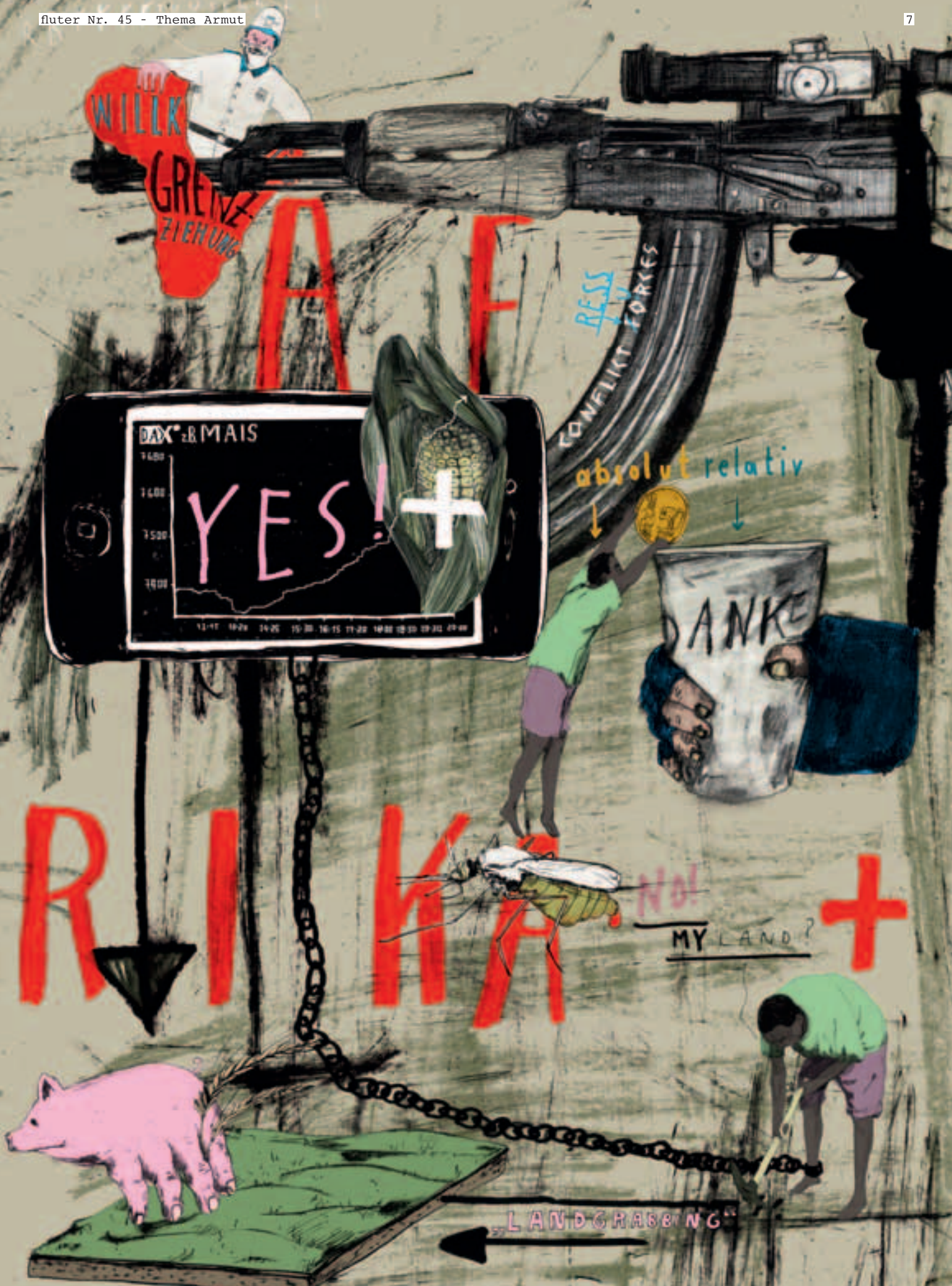
Was ist eigentlich der Unterschied zwischen absoluter Armut und relativer Armut?

Von absoluter Armut spricht man, wenn ein Mensch kaum genug hat, um zu existieren. Das betrifft den Zugang zu Nahrung, Wohnraum und Gesundheitsvorsorge. Die Weltbank nennt als Grenze für absolute Armut die Summe von 1,25 Dollar pro Tag. Das trifft auf 1,2 Milliarden Menschen zu, von denen die meisten wesentlich weniger als einen Dollar haben. Diese Form der Armut gibt es in Deutschland nicht. Hier und in anderen entwickelten Ländern spricht man von relativer Armut. Sie bezeichnet das Einkommen und den sozialen Status eines Menschen im Verhältnis zu seinem Umfeld. Die relative Armut sagt wenig über den Lebensstandard aus: So kann ein Bürger mit seinem Einkommen in dem einen Land als arm eingestuft werden und in einem anderen zur Mittelschicht gehören.

Sind arme Menschen in reichen Ländern nicht selbst schuld an ihrer Armut?

Manchmal wird in politischen Debatten der Verdacht laut, arme Menschen wollten aus ihrer Situation gar nicht mehr heraus. Ausgestattet mit Hartz IV, Bier und Zigaretten habe sich die Unterschicht vor dem Flatscreen eingerichtet. Dieses Milieu, so die Annahme, verfüge mittlerweile über ein ganzes System von Denk- und Handlungsmustern, das von Generation zu Generation weitergegeben werde: Man ist disziplinos, träge und faul. Sogar sozialdarwinistisch geprägte Erklärungen, wonach die angeborene Intelligenz eines Menschen darüber bestimmt, ob er arm bleibt oder reich wird, haben Konjunktur. Thilo Sarrazin knüpfte mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ an diese Tradition ebenso an wie der US-amerikanische Politologe Charles Murray in „The Bell Curve“. Deren Gegner verweisen auf strukturelle Probleme, für die die Armen nicht verantwortlich sind. Gründe also, die man nur durch gesellschaftliche Veränderungen beheben kann (siehe Seite 36).

Gemeinnützige Organisationen empfehlen auch Familienschulungen, Beratungen und Sozialarbeit, die schon bei der Erziehung ansetzen. Um die Kinder bereits in der Schule so zu fördern, dass sie gar nicht erst in die gleichen Verhaltensmuster verfallen wie die Elterngeneration. Denn das schränkt die Kinder später erheblich ein in ihrer Möglichkeit, den ärmlichen Lebensverhältnissen zu entkommen. Auch für Erwachsene gilt: Sind die Lebensverhältnisse durch Verarmung erst einmal finanziell, psychisch und räumlich beengt, kann sich niemand mehr so einfach dafür „entscheiden“, sein Leben zu ändern.



WILLK
GRENZ
ZIEHUNG

A A F

BESS
KONFLIKT
FORCES



absolut relativ

DANKE

RINKA

NO!
MY LAND? +



LANDGRABBING



BER

MITTEL

SOZIALER AUFSTIEG ROUND 98

IN MEINEM KREIS II PLATZ FÜR DICH

UNTER

Ist Armut ein Teufelskreis, aus dem man nicht so leicht rauskommt?

Die seit 2001 veröffentlichten Armutsberichte der Bundesregierung dokumentieren, dass es für diejenigen, die einmal in Armut geraten sind, immer schwieriger wird, sich wieder daraus zu befreien. Dazu passt, was Soziologen wie Robert K. Merton und Mario Rainer Lepsius und auch der Ethnologe Oscar Lewis als „Teufelskreis der Armut“ beschrieben haben: Arme Menschen machen fortgesetzt die Erfahrung, dass ihre Mittel, den eigenen sozialen Aufstieg voranzutreiben, begrenzt sind. Sie verfallen in Resignation und Fatalismus, was zu immer noch größerer Armut führt. In reichen Gesellschaften liegt ein wichtiger Grund wohl auch in dem Schamgefühl, das arme Menschen empfinden – und in der subtilen Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind.

Nach Einschätzung des französischen Soziologen Pierre Bourdieu geschieht die Ausgrenzung heute zwar nicht mehr so direkt wie früher (als in Stellenanzeigen schon mal zu lesen war: „Bewerbungen von Arbeiterkindern zwecklos“). Die Mitglieder der unteren Schichten werden eher indirekt und aufgrund ihrer äußeren Erscheinung, ihres Verhaltens, ihrer Kleidung und Sprache benachteiligt. Langfristig kann aus solchen wiederholt negativen Erfahrungen im Bemühen um sozialen Aufstieg und Anerkennung eine Einstellung entstehen, die der Psychologe Martin Seligman als „erlernte Hilflosigkeit“ bezeichnet. Je stärker sich die Lebensumstände eines Menschen in Armut verfestigen, desto mehr neigt er dazu, eigene Entscheidungen und Initiativen als wirkungslos wahrzunehmen. Dieses Gefühl wird immer stärker – bis der Ehrgeiz und die Motivation auf dem Nullpunkt ankommen.

Was kann die Politik tun?

Strategien zur Bekämpfung der Armut hängen davon ab, wo Parteien und politische Akteure jeweils die Armutsgrenze ansetzen und wo sie die Ursachen der Armut vermuten. Ob sie mangelnde Aufstiegsbemühungen als eine Folge der Armut betrachten oder Armut als eine Folge geringer Aufstiegsbemühungen. Bei Letzterem steht finanzielle Unterstützung im Verdacht, die Menschen nur immer noch weiter in ihre problematischen Verhaltensweisen hineinzutreiben. So argumentierte zum Beispiel der Historiker Paul Nolte (siehe auch Seite 16), als er die Formulierung „fürsorgliche Vernachlässigung der Unterschicht“ prägte und forderte, man müsse den Menschen statt Geld wieder kulturelle Leitbilder und Standards vermitteln.

Ein anderes Schlagwort ist die sogenannte Hilfe zur Selbsthilfe. Damit ist gemeint, dass bei manchen Menschen am unteren Rand der Gesellschaft konkrete Kompetenzen gefördert werden sollten, die man benötigt, um am gesellschaftlichen Leben wieder teilhaben zu können: sparsam mit Geld umgehen, Bewerbungen schreiben, den Kindern bei den Hausaufgaben helfen und so weiter.

Allerdings sind Parteien, die die Armen traditionell eher als Opfer denn als Schuldige sehen, weniger skeptisch gegenüber finanziellen Zuwendungen. Sie teilen nicht die Bedenken, ein zu großzügiger Sozialstaat leiste der Entstehung einer Unterschichtkultur Vorschub. Sie argumentieren ungefähr so: In dieser Gesellschaft, in der Konsum einen hohen Stellenwert hat, ist eben auch Geld Teil der Voraussetzung, wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Demnach muss man den Menschen eine ausreichende finanzielle Mindestsicherung bewilligen, wenn sie nicht noch weiter in die Armut abrutschen sollen. Es müsse daher darum gehen, beide Instrumente – die finanzielle und die soziale Förderung – sinnvoll zu kombinieren. ←



Die Millenniumsziele

Im September 2000 verabschiedeten 189 Länder auf einem Gipfel der Vereinten Nationen in New York die sogenannte Millenniumserklärung. Darin wurde unter anderem beschlossen, bis zum Jahre 2015 den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, zu halbieren. Außerdem sollen alle Kinder eine Grundschulbildung bekommen, Aids, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpft und der Schutz der Umwelt verbessert werden. Auch die Gleichberechtigung von Frauen soll gefördert werden. Kritiker, die sich vor allem in den NGOs finden, sprechen von einer bloßen Absichtserklärung und bemängeln, dass für die Verwirklichung der Ziele viel zu wenig Geld bereitgestellt wird.

Die Werkstatt der Welt

Die Zahl der Chinesen, die der Armut entkommen sind, wird immer größer – die Kluft zwischen Arm und Reich leider auch

Text: Kai Strittmatter

→ Chinas Wirtschaft wächst nun schon drei Jahrzehnte in einem Tempo, das den Rest der Welt staunen macht. Heute ist das Land die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. Dirigiert wurde dieses Wachstum von derselben Kommunistischen Partei, die China im Chaos der 1960er- und 1970er-Jahre in Ruinen gelegt hatte. Das Wirtschaftswunder der letzten Jahre aber hat geholfen, mindestens 400 Millionen Menschen in China aus der Armut zu befreien. In den Städten ist eine neue Mittelschicht entstanden, die sich Autos und Eigentumswohnungen leistet, die bei Starbucks Cappuccino trinkt und im Apple-Shop das neue iPad kauft.

Aus China ist die Werkstatt der Welt geworden, im ganzen Land sind Hunderttausende Fabriken entstanden. Die Menschen haben höhere Einkommen, viele haben erst-

Der Kommunismus ist nun ein Kaderkapitalismus

mals überhaupt einen bezahlten Job, Hunderte von Millionen haben das Bauernland ihrer Eltern verlassen und sind in die Städte gezogen. Der gewaltige Urbanisierungsschub, den China durchmacht – mittlerweile lebt jeder zweite der 1,3 Milliarden Chinesen in der Stadt –, hängt eng zusammen mit dem Schwinden der Armut. Ihre Erfolge bei der Armutsbekämpfung haben der Partei in Peking viel Beifall eingebracht und werden von ihr gerne benutzt, um die vermeintliche Überlegenheit ihres „Sozialismus chinesischer Prägung“ gegenüber westlichen Entwicklungsmodellen zu behaupten.

Und dennoch sehen sich die KP und ihre autoritäre Regierung im Moment gerade im eigenen Land und gerade aus den Reihen der Mittelschicht und der noch immer Armen so viel Kritik ausgesetzt wie schon seit Langem nicht. Es ist nämlich einiges aus dem



Auf dem Weg in die Shopping-Mall: In Chinas Städten ist eine neue Mittelschicht entstanden

Ruder gelaufen bei der Entwicklung. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist so gewaltig wie noch nie. China nennt sich noch immer kommunistisch, in Wirklichkeit herrscht ein Kaderkapitalismus, der dem Land grassierende Korruption und eine kleine Schicht von sagenhaft reichen Profiteuren beschert hat. Den 251 Dollarmilliardären stehen noch immer 150 Millionen Chinesen gegenüber, die weniger als einen Dollar am Tag verdienen. Das angeblich sozialistische China ist mittlerweile eines der ungleichsten Länder der Welt. Im September erst empörten Bilder aus dem Landkreis Shunhe in Hubei Chinas Internetnutzer: Man sah, wie dort Tausende von Schülern ihre eigenen Stühle und Tische in die Dorfschulen schleppen mussten, weil die Schule kein Geld dafür hatte. Gleichzeitig hatte sich die zuständige Kreisstadt einen wahren Palast von Regierungsgebäude zugelegt, den die Einheimischen „Weißes Haus“ nennen und der soeben erst für 1,5 Millionen Euro renoviert wurde.

Als die Parteipresse jüngst die Bürger nach den Themen befragte, die Chinas Entwicklung ins Stolpern bringen könnten, stand die Kluft zwischen Arm und Reich bei den

Antworten ganz oben. Peking weiß um die Brisanz. Auch deshalb hat China im letzten Jahrzehnt versucht, die ersten Stränge eines sozialen Netzes einzuziehen. Gut ein Drittel der Bevölkerung wird nun von der Rentenkasse erfasst, und etwa 96 Prozent sind krankenversichert – vor ein paar Jahren war es gerade mal jeder Fünfte. Auch das ist ein Erfolg, doch stellt er die Kritiker nicht zufrieden: Die Versicherungsleistungen sind meist minimal. Wer im Krankenhaus eine größere Operation braucht, wird oft noch immer mit Eigenbeträgen zur Kasse gebeten, die mehrere Jahreseinkommen übersteigen, sodass viele auf die Behandlung verzichten. Chinas Wirtschaft ist die Nummer zwei hinter den USA? Mag sein, aber wer wissen möchte, wie es dem Volk geht, der schaut besser auf eine andere Zahl: das jährliche Pro-Kopf-Einkommen. Da standen die Chinesen in der Rangliste der Weltbank für's Jahr 2011 auf Platz 94, hinter Algerien und Ecuador. Chinas Entwicklung ist beeindruckend, nachhaltig aber ist sie noch nicht. ←

Unser Autor ist China-Korrespondent der „Süddeutschen“. Er hat das Buch „Gebrauchsanweisung für China“ geschrieben.

Armut in Deutschland

Auf den nächsten Seiten schauen wir uns mal bei uns um



Das reicht einfach nicht

Es klingt seltsam, aber leider kommt es immer häufiger vor: Menschen sind trotz Vollzeitbeschäftigung arm. Besuch bei einer Familie, deren Alltag vom Taschenrechner bestimmt wird, weil nicht genug Geld da ist

Text: Imke Emmerich, Illustration: Jindrich Novotny



Toilettenpapier, Fleisch, Wintersachen:
Bei allem muss gerechnet werden

Michaela Plaumann* müssen ein paar Zähne gezogen werden. Für sie ist das nicht sehr erfreulich, mal abgesehen von den Schmerzen. Denn irgendwie muss sie anschließend das Geld für die neuen Zähne aufbringen. 1.900 Euro Eigenanteil bleiben nach den Zahlungen der Versicherung noch an ihr hängen. „Ich habe Angst, zum Arzt zu gehen, wegen der Kosten. Aber ohne Zähne will ich auch nicht dastehen“, erzählt die 38-Jährige in ihrem abgedunkelten Wohnzimmer mit der Schrankwand, dem mit Decken eingeschlagenen Sofa und dem Couchtisch aus Stein in der Mitte. Am Nachmittag will sie mit ihrem Zahnarzt über eine Ratenzahlung sprechen, um die Zähne bei ihm abstoßern zu können. Wahrscheinlich jahrelang.

Die Familie aus Herford wirkt erst mal wie eine ganz normale Familie: Stephan Plaumann, 39, arbeitet als Textilmaschinenführer in dem Unternehmen, in dem er vor 21 Jahren auch schon seine Ausbildung gemacht hat. Seine Frau Michaela kümmert sich um die drei Kinder – die zwei älteren Töchter aus ihrer ersten Ehe und den gemeinsamen neunjährigen Sohn –, außerdem um die schwerbehinderte Mutter. Um sie zu pflegen und weil sie selbst krank geworden war, hat Michaela Plaumann vor ein paar Jahren aufgehört zu arbeiten. Nun reicht das Geld einfach nicht zum Leben. Zumindest nicht für ein Leben, in dem man seinen Kindern einfach mal ein Eis spendieren kann, ohne vorher die finanziellen Folgen im Kopf zu überschlagen.

Etwas 1.200 Euro netto verdient Stephan Plaumann mit seinem Vollzeitjob im Schichtdienst.

Vor vier Jahren hat er sogar seinen Meister gemacht, in der Hoffnung, mehr zu verdienen. Dennoch reicht der Lohn nicht

Jeden Tag fährt er mit dem Fahrrad zur Arbeit. Früh, spät oder nachts. An ein Auto ist nicht zu denken. Vor vier Jahren hat er seinen Meister gemacht, in der Hoffnung, ein bisschen mehr zu verdienen. Schließlich zahlt er jeden Monat auch noch über 360 Euro Unterhalt für ein uneheliches Kind. Doch mehr Geld gab es für ihn nicht. „Es ist schlimm, mit anzusehen, wie sich die Lohnspirale immer weiter nach unten schraubt. Wie Einkommen durch Teilzeit-, Kurz- und Leiharbeit, Niedriglöhne und eine schlechtgeredete Wirtschaftslage massiv gedrückt werden. Es kann doch nicht sein, dass man trotz Vollzeitbeschäftigung auf staatliche Zuschüsse angewiesen ist“, sagt er.

Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland bekam 2010 laut Statistischem Bundesamt weniger als 10,36 Euro in der Stunde und somit nur einen Niedriglohn. Besonders hoch war der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Taxifahrern und Frisuren. 1,36 Millionen Erwerbstätige bezogen nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Mitte 2011 zusätzlich Hartz IV. „Aufstocker“ nennt man sie umgangssprachlich. Über 330.000 von ihnen hatten laut DGB einen Vollzeitjob. Die Gewerkschafter kritisieren: „Gut zwei Milliarden Euro pro Jahr muss der Bund (...) über Hartz IV jährlich aufwenden, um Geringverdienern mit Vollzeitjobs ein gesellschaftliches Existenzminimum zu garantieren. Der Staat subventioniert so auch Arbeitgeber, die Arbeitnehmer zu Hungerlöhnen beschäftigen.“ Die Befürworter der Hartz-Reformen verteidigen sich: Es sei doch besser, man arbeitet zu einem geringen Verdienst, als gar nicht.

Die Plaumanns bekommen momentan kein Hartz IV mehr, sondern 86 Euro Wohngeld im Monat. Das ist eine „vorrangige Leistung“, wie es auf Amtsdeutsch heißt. Genau wie der Kinderzuschlag, den man bekommt, wenn die Mindesteinkommensgrenze erreicht und die Höchsteinkommensgrenze nicht überschritten wird. Unterhalb des gesetzlich vorgesehenen Mindestbedarfs gibt es die Aufstockung durch Hartz IV. Das bekam Familie Plaumann zuletzt 2008. Da ihr Einkommen durch die verschiedenen berechneten Arbeitsschichten des Vaters aber ständig schwankt und die Kalkulation des Amtes daher nicht stimmte, zahlt die Familie die komplette Leistung seit 2010 jeden Monat mit 25 Euro zurück. Genauso den Kinderzuschlag: Wegen einer Weihnachtsgeldzahlung vom Arbeitgeber ihres Mannes forderte das Amt 1.650 Euro wieder ein. „Ich beantrage so etwas nicht mehr, ich muss ja sowieso alles zurückzahlen. Wir sind immer genau an der Grenze. Das reißt unwahrscheinlich an den Nerven“, sagt Frau Plaumann. Sie fühle sich auch deshalb arm, weil sie mit ihrer Familie so wenig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen könne. Demütigend sei es, als Familie mit Einkommen zum Amt gehen zu müssen. „Das ist wirklich ein scheiß Gefühl.“

In der Evangelischen Diakoniestiftung in Herford betreut die Diplom-Sozialarbeiterin Silke Penno Menschen mit Fragen zur Existenzsicherung, auch Michaela Plaumann kommt zu ihr. Wenn sie ein Schreiben nicht versteht oder Fragen zu den Abzahlungen hat. „Es ist häufig der Fall, dass wir Menschen betreuen, die von ihrer Erwerbstätigkeit nicht leben können. Teilzeit- und Kurzarbeit, keine anschließende Weiterbeschäftigung, dazu Wohngeld oder Arbeitslosengeld II: Diese Zerstückelung macht es für Familien hochkompliziert, mit dem Geld zu wirtschaften“, sagt sie. Viele würden in einen Dauerstress verfallen: Reicht das Geld

Wer als arm gilt

Wer weniger als **40 Prozent** des mittleren Einkommens verdient, also bei einem Single-Haushalt monatlich **635 Euro**, gilt in Deutschland als arm.

Wer weniger als **60 Prozent** des mittleren Einkommens verdient, also **952 Euro** bei Singles, gilt in Deutschland als armutsgefährdet. Im Jahr 2010 waren das **12,8 Millionen** Menschen. Dabei gibt es erhebliche regionale Unterschiede: In Bremen und Mecklenburg-Vorpommern liegt die Armutsgefährdungsquote bei etwa **22 Prozent**, in Baden-Württemberg und Bayern bei **11 Prozent**.

Wer leiden muss

5 Prozent der Deutschen leiden unter „erheblicher materieller Entbehren“. Europaweit am höchsten liegt dieser Wert in Bulgarien und Lettland mit **44** beziehungsweise **31 Prozent**. Am niedrigsten ist die Rate in Luxemburg mit **1,2 Prozent**.

5 Prozent der Deutschen verfügen nicht über ausreichend finanzielle Mittel, um ihre Wohnung warmzuhalten.

im Monat? Und vor allem: Was kommt noch? Wenn zum Beispiel der Kühlschrank kaputtgeht. „Das ist ein ständiges Kalkulieren.“

Ihre Kollegin Doris Gerlach hat die Plaumanns ebenfalls über viele Jahre begleitet, sie arbeitet seit 26 Jahren in der Beratungsstelle. Den Sozialstaat Deutschland hält sie für viel zu bürokratisch. „Dieser Verwaltungsaufwand, der da betrieben wird! Es wird nicht schnell genug reagiert, und es ist ein Unding, dass Familien ständig zu viel oder zu wenig ausbezahlt wird“, sagt sie. Familie Plaumann tat ihr immer leid. Oft warteten sie zusammen sechs Monate darauf, dass ihre Anträge bearbeitet wurden. „Furchtbar war das. Wir hatten immer mit dem System zu kämpfen.“

Wenn Stephan Plaumanns Gehalt kommt, setzt sich die ganze Familie an den Tisch und rechnet. Welche Kosten stehen in diesem Monat an? „Dann

Am Ende des Monats wird geschaut, ob noch mal Fleisch auf den Tisch kommt

schaun wir, was übrig bleibt. Wir gehen ein Mal groß einkaufen im Discounter. Am Ende des Monats entscheiden wir, ob noch mal Fleisch auf den Tisch kommt oder nicht.“ Urlaub machen sie bei der Schwiegermutter in Niedersachsen. Gespartes gibt es nicht. „Wir können nicht so in unsere Kinder, in ihre Bildung und Zukunft investieren, wie es wünschenswert wäre. Wir sind auch nicht in der Lage, für unsere Rente privat vorzusorgen, wie es vom Staat gefordert wird“, sagt Stephan Plaumann.

Was treibt ihn eigentlich an, überhaupt noch arbeiten zu gehen, morgens um fünf zur Fröhschicht zu radeln, wenn es am Ende doch nicht reicht? Frau Plaumann sagt, ihrem Mann gehe es um seine Ehre, er wolle nicht als Schmarotzer abgestempelt werden. Auch sie will unbedingt wieder arbeiten, sobald der Sohn auf der weiterführenden Schule ist. „Arbeit ist das A und O“, sagt Herr Plaumann überzeugt. Hartz IV sei keine Alternative. Nur wenn er seinen Kindern vorlebe, was es bedeute, jeden Tag zur Arbeit zu gehen, bringe er sie auf den richtigen Weg. „Vielleicht wird meine Weiterbildung zum Industriemeister ja irgendwann doch noch honoriert“, sagt er hoffnungsvoll. Bis dahin rechnen die Plaumanns weiter. Monat für Monat. Immer an der Grenze. ←

*Namen von der Redaktion geändert

Über „die neue Armut der Konsumgesellschaft“ spricht die Buchautorin Kathrin Hartmann auf fluter.de/armut



Den Schuh zieh' ich mir nicht an

Ich gehöre in der Klasse zu den Ärmsten, aber es macht mir nichts aus. Na gut: fast nichts

Text: Athena Rolland* (16)

Den Unterschied zwischen meinen Mitschülern und mir sieht man erst auf den zweiten Blick. Im Gegensatz zu mir haben sie ein iPhone oder benutzen im Unterricht ihr iPad. Bei uns an der Schule rennen schon 14-Jährige mit Gucci-Taschen herum. Viele fahren mit ihrem Roller oder sogar einem eigenen Auto zur Schule. Ich selbst bin anderthalb Stunden mit dem Zug unterwegs. Meine Mutter, meine Schwester und ich wohnen in einem Vorort von Frankfurt, weil dort die Mieten billiger sind.

Meine Schule liegt in einer wohlhabenden Gegend, dem Westend in Frankfurt. Dort mache ich nächstes Jahr mein Abitur. Mein Glück ist, dass ich nicht die Einzige bin, deren Familie wenig Geld hat. Es gehen auch Kinder aus dem weniger betuchten Gallus-Viertel auf mein Gymnasium. Deshalb sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht so besonders. An der vorherigen Schule in meinem Dorf war das anders. Da habe ich mir immer Sprüche über „Hartz-IV-Schmarotzer“ anhören müssen.

Armut bedeutet für mich, dass wir uns über alle Anschaffungen Gedanken machen müssen. Und nie Geld da ist, wenn es für mich drauf ankommt: für

Austauschfahrten, Studienreisen oder bestimmte Ausflüge zum Beispiel. Meine Mitschüler können Angebote in Japan, Rom oder den USA annehmen. Ich habe Freunde, die bereits viermal in Marokko waren. Das wird mir nicht passieren. Ich kann nur an obligatorischen Klassenfahrten teilnehmen, weil die vom Amt übernommen werden. Ich muss dann jedes Mal einen sogenannten Beihilfeantrag ausfüllen und ihn vom Lehrer unterschreiben lassen. Das ist unangenehm, weil es die anderen oft mitkriegern.

Manchmal vergleiche ich mich schon mit meinen Freunden, die mehr Geld haben, und bin dann traurig, weil mir so viel entgeht – eigene Bücher, Theaterbesuche, Filme auf DVD. Aber meiner Mutter kann ich keinen Vorwurf machen. Sie ist mit Ende Zwanzig als politischer Flüchtling aus dem Iran nach Deutschland gekommen. Weil ihre Zeugnisse hier nicht anerkannt wurden, hat sie ihr Abitur noch einmal gemacht und Soziologie studiert. Meine Eltern haben sich während des Studiums kennengelernt und wieder getrennt, als ich drei Jahre alt war. Mein Vater zog in die USA, und von da an

Später möchte ich gern anderen Menschen helfen

war meine Mutter alleinerziehend. Bei ihrer Arbeit mit Flüchtlingsfrauen hat sie wenig Geld verdient, deshalb wurden ihre Einkünfte mit Sozialhilfe aufgestockt. Vor zwei Jahren hat sie eine Ausbildung zur Erzieherin begonnen und arbeitet nun in Teilzeit an einer Schule.

Ich finde: Sie hat ein ökonomisches Gespür und kennt die Stellen, wo wir Unterstützung bekommen. Die Kosten für unsere Monatstickets übernimmt zum Beispiel eine Stiftung, die sich für alleinerziehende Mütter einsetzt. Insgesamt hat sie so um die 1.100 Euro im Monat für uns drei. Taschengeld ist für uns nicht drin.

Ich möchte mir jetzt gerne einen Nebenjob suchen. Am liebsten einen, der etwas mit Sprachen zu tun hat, denn ich spreche Persisch, Französisch, Englisch, Japanisch, Spanisch und ein bisschen Chinesisch. Sprachen fallen mir leicht. Mein Zukunftswunsch: Nach dem Abitur will ich Medizin studieren und später bei „Ärzte ohne Grenzen“ im Ausland arbeiten. Ich möchte anderen Menschen helfen und Dinge tun, die mich glücklich machen. ←

Dokumentiert von Hadija Haruna

*** Die Erzählerin hat ihren Namen selbst gewählt. Athena steht für Weisheit und Rolland für den Namen ihres Lieblingsautors Romain Rolland.**

Anteil der **Studierenden**, die Bafög bekommen:

29 Prozent

Anteil der **Studierenden**, die von ihren Eltern unterstützt werden:

87 Prozent

Durchschnittliche Summe, die Studierende monatlich von ihren **Eltern** bekommen:

445 Euro

Anteil der Studierenden, die **weniger als 600 Euro im Monat** zur Verfügung haben:

20 Prozent

Durchschnittsmiete für eine 40-Quadratmeter-Wohnung in München:

440 Euro



Vom Leben auf der Straße

→ Mit der Obdachlosigkeit ist das so eine Sache. Obwohl es in jeder Stadt Menschen gibt, die auf der Straße leben, ist über die Ursachen und das Ausmaß erstaunlich wenig bekannt. Es fängt schon mal so an, dass es gar keine offizielle Statistik über die Anzahl der Wohnungslosen (so heißen sie im offiziellen Sprachgebrauch) in Deutschland gibt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzte ihre Zahl zuletzt auf 248.000. Allerdings bezieht sich das auf alle, die nicht über „mietvertraglich abgesicherten Wohnraum“ verfügen. Das schließt also auch Leute ein, die bei Verwandten leben oder in Heimen untergebracht sind. Tatsächlich auf der Straße leben laut Schätzung etwa 22.000 Menschen. Kompliziert wird es, wenn man sich ansieht, warum das so ist. Einen klassischen Weg in die Obdachlosigkeit gibt es nämlich nicht. Fest steht zwar, dass Armut ein wichtiger Faktor ist und etwa acht bis neun von zehn Obdachlosen Männer sind. Aber der eine schläft nur ein paar Tage im Freien, der andere mehr als zehn Jahre

lang. Bei Jugendlichen ist Streit mit den Eltern ein häufiger Auslöser dafür, dass sie von zu Hause weglaufen. Bei anderen ist Drogensucht, eine Scheidung oder eine psychische Krankheit der Grund. Manche sind zum Beispiel aufgrund einer Depression nicht mehr in der Lage, Entscheidungen zu treffen. Sie öffnen keine Rechnungen, Mahnungen und Briefe vom Amt mehr, häufen Mietschulden an und warten dann tatenlos auf den Tag, an dem ihre Wohnung zwangsgeräumt wird. Dabei müsste es eigentlich nicht so weit kommen. Auch Obdachlose haben Anspruch auf Sozialleistungen. Aber so einfach ist es in der Praxis leider nicht. Genauso wie es den klassischen Obdachlosen nicht gibt, hat auch niemand eine einfache Lösung für das Problem. Angebote wie Nachtasyle, Suppenküchen, kostenlose Arztprechstunden und Kleiderbörsen helfen zumindest, den Alltag auf der Straße erträglicher zu machen. Übrigens: Man kann niemanden zwingen, nicht auf der Straße zu übernachten. ←

Uns geht's doch gut! Oder etwa nicht?

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge findet, dass das Armutsproblem in Deutschland verdrängt wird und der Niedriglohnsektor neue Armut geschaffen hat. Der Historiker Paul Nolte meint, dass die Hartz-IV-Gesetze viele aus der Armut befreit haben. Mal sehen, wer die besseren Antworten auf unsere Fragen hat

Interview: Andreas Pankratz/Imke Emmerich



Im Osten Deutschlands ist das Armutsrisiko mit am höchsten

In letzter Zeit gab es viele Berichte über Armut in Deutschland. Wie schlimm ist denn die Situation?

Christoph Butterwegge: Entscheidend ist nicht die exakte Zahl der Armen, sondern die Tatsache, dass der Trend klar in Richtung einer tieferen Spaltung der Gesellschaft zeigt. Armut und Reichtum nehmen gleichzeitig zu, was natürlich kein Zufall ist, wenn Reichtum als verdienter Lohn für die „Leistungsträger“ und Armut als berechnete Strafe für Leistungsunfähigkeit oder -verweigerung gilt. Für mich stellt es aber keine Leistung dar, die „richtigen“ Aktien zum „richtigen“ Zeitpunkt gekauft und wieder verkauft zu haben, aber eine zu gering entlohnte Leistung, was Erzieherinnen, Krankenschwestern und Altenpfleger tun.

Paul Nolte: Wir haben Grund zur Wachsamkeit angesichts wirtschaftlicher und demografischer Veränderungen. Aber die Lage verändert sich im Moment nicht dramatisch. Alleinerziehende Frauen, junge Männer ohne Schulabschluss: Das sind die Problemzonen. Und in Zukunft müssen wir neue Altersarmut verhindern.

In Deutschland muss angeblich niemand hungern. Ist also „Armut“ angesichts des relativen Wohlstands in den meisten Haushalten überhaupt der richtige Begriff?

Christoph Butterwegge: Ja, denn zur Armut hier gehört keineswegs, dass man hungert oder friert, sondern sie liegt dann vor, wenn man sich vieles von dem nicht leisten kann, was für die meisten Mitglieder der Gesellschaft normal ist. Armut in einem reichen Land kann übrigens erniedrigender wirken als in einem armen Land, wo sich die Betroffenen weniger schämen und verstecken müssen. Wenn etwa ein Jugendlicher im tiefsten Winter mit Sandalen und Sommerkleidung auf dem Schulhof steht und von den eigenen Klassenkameraden ausgelacht wird, wünscht er sich womöglich, stattdessen lieber ins Bett gehen zu müssen, ohne etwas zu essen zu bekommen.

Paul Nolte: Die Unterschiede „unserer“ Armut zu der von Menschen in existenzieller Not, ohne Obdach, ohne sichere Nahrung und Trinkwasser sollten wir uns immer bewusst machen – gerade in der globalisierten, der „einen“ Welt. Aber das enthebt uns nicht von der Verantwortung für unseren eigenen Staat, unsere eigene Gesellschaft – und von einem kritischen Blick auf die Verhältnisse bei uns. Deshalb: Ja, „Armut“ gibt es auch bei uns; alles andere wäre Begriffsdreherei.

Laut Bundesarbeitsministerium öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Was ist der wesentliche Grund dafür?

Christoph Butterwegge: Schuld ist erstens eine Regierungspolitik nach dem Matthäus-Prinzip. Im Evangelium des Matthäus heißt es sinngemäß: Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird das Wenige auch noch genommen. Ich nenne die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Normalverbraucher und die Sen-

kung der Mehrwertsteuer für Hotelbesitzer als Beispiele aus der Steuerpolitik sowie die Einführung sowohl des Eltern- wie des Betreuungsgeldes als Beispiele für die Familienpolitik.

Zweitens hat der Um-beziehungsweise Abbau des Sozialstaates zu weniger Sicherheit für viele Menschen geführt und das Abstiegsrisiko verstärkt. Neben den (Langzeit-)Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentnern sowie Behinderten und Kranken gehören Familien bzw. ihre Kinder zu den Hauptbetroffenen der „Reformen“, die das System der sozialen Sicherung bis ins Mark erschütterten. Durch die sogenannte Riester-Reform wurde beispielsweise das Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben, noch bevor man dasselbe durch Hartz IV im Arbeitsmarktbereich realisierte.

Paul Nolte: Erstens sind die Einkünfte aus Vermögen – also Zinsen, Gewinne und so weiter – viel stärker gestiegen als die Einkommen aus Arbeit. „Superreiche“ wie Unternehmensvorstände und Manager sind der Normalbevölkerung davongeeilt, ohne dass diese zwangsläufig ärmer geworden wäre – der Abstand ist aber gewachsen. Und zweitens leben mehr Menschen prekär, von sehr wenig Geld, als früher; sie verlieren „von unten“ den Anschluss an die Mittelschicht. Das ist die Folge von billigen Servicejobs, aber auch der Veränderung von Familienstrukturen, vor allem bei jungen Müttern, die ohne den Partner beziehungsweise Vater der Kinder leben.

Was bedeutet die Ungleichheit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Christoph Butterwegge: Wenn sich die Gesellschaft spaltet, zerfallen ihre Städte, worunter der soziale Zusammenhalt leidet. Spaltungstendenzen erhöhen aber nicht bloß das Konflikt- und Gewaltpotenzial einer Gesellschaft, vielmehr auch das Risiko einer Krise der politischen Repräsentation. Wer die brisante Mischung von berechtigter Empörung, ohnmächtiger Wut und blankem Hass auf fast alle (Partei-)Politiker unseres Landes kennt, wie sie in

Versammlungen von Hartz-IV-Beziehern existiert, kommt zu dem Schluss, dass innerhalb der Bundesrepublik längst zwei Welten oder Parallelgesellschaften existieren und die Brücken dazwischen abgebrochen sind.

Paul Nolte: Das Gefühl geht verloren, Verantwortung für andere zu übernehmen. Wenn Reiche ihr Leben auf der Yacht führen statt an den Sorgen des Stadtviertels teilzunehmen, ist der Zusammenhalt in Gefahr. Und doch ist der Zusammenhang kompliziert. So ist die Gesellschaft der USA, materiell gesehen, ungleicher als die deutsche, und doch ist ihr Zusammenhalt eher stärker, weil freiwilliges Engagement eine große Rolle spielt.

Frauen, Kinder und Alte sind besonders von Armut betroffen. Tut der Staat zu wenig für sie?

Christoph Butterwegge: Dies gilt zumindest dann, wenn sie nicht zu einer privilegierten Gesellschaftsschicht gehören. Kinder von Familienunternehmern etwa können diese inzwischen beerben,



Prof. Dr. Paul Nolte lehrt Neuere Geschichte an der FU Berlin. Er ist Herausgeber der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“

ohne einen Cent betriebliche Erbschaftsteuer zahlen zu müssen, selbst wenn es sich um einen großen Konzern handelt. Es ist aber keine Leistung, der Sohn oder die Tochter eines Milliardärs zu sein. Auch die Rentenpolitik der Bundesregierung ist nicht mehr darauf orientiert, den gewohnten Lebensstandard im Alter zu sichern und Armut zu vermeiden.

Paul Nolte: Moment – Frauen und Kinder ja, Alte eindeutig nein! Wenn wir über Altersarmut diskutieren, dann in Sorge um die Zukunft, sozusagen um die Rente der jetzigen 400-Euro-Jobber. Der Staat tut übrigens für kaum eine Gruppe mehr als für die Rentner; auch in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung gehörten die Rentner zu den großen Gewinnern. Für alleinerziehende Frauen gilt: Der Staat stößt an Grenzen, wenn er das Weglaufen eines Vaters und Verdieners kompensieren soll. Am wichtigsten sind hier nicht Transferleistungen, sondern Infrastrukturen: vor allem Ganztagsbetreuung, sodass die Frauen arbeiten und Geld verdienen können.

Haben die Hartz-Reformen das Armutsproblem verschärft?

Christoph Butterwegge: Dadurch ist die Armut bis zur gesellschaftlichen Mitte vorgedrungen, denn das Gesetzespaket hat mit dem Lebensstandardsicherungsprinzip des Sozialstaates gebrochen. Mit der Arbeitslosenhilfe wurde zum ersten Mal nach 1945 eine für Millionen Menschen existenziell wichtige Sozialleistung abgeschafft und durch das Arbeitslosengeld II ersetzt, welches nur das Existenzminimum sichert. Neben vielen älteren Erwerbslosen, die hoffen, bis zur Rente von Arbeitslosenhilfe leben zu können, sind Familien, Kinder und Jugendliche die Hauptleidtragenden der relativ niedrigen Beihilfen. Hartz-IV-Betroffene müssen ihre Arbeitskraft zu Dumpinglöhnen verkaufen. Ein staatlich geförderter Niedriglohnssektor, wie ihn die Hartz-Gesetze errichten halfen, verhindert weder Arbeitslosigkeit noch Armut, vermehrt Letztere vielmehr.

Paul Nolte: Vor allem haben sie schon lange bestehende soziale Probleme sichtbar gemacht. Die überwiegend weibliche Armut in der Sozialhilfe war vorher kaum ein Thema. Und über Langzeitarbeitslosigkeit wurde seit Jahrzehnten geklagt, ohne dass viel passierte. Richtig ist, dass ein Teil der Arbeitslosen nun schneller auf ein Sozialhilfeniveau abrutschte. Andererseits haben die Hartz-Reformen viel Bewegung in den Arbeitsmarkt gebracht und damit Menschen aus der Armut herausgeholt.

Früher galt einmal, dass Arbeit vor Armut schützt. Heute können über eine Million Menschen von ihrem Lohn nicht leben. Wäre ein Mindestlohn die Lösung?

Christoph Butterwegge: Ja, denn da der Niedriglohnssektor heute das Haupteinfallstor für Armut ist, muss er durch einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von etwa 10 Euro pro Stunde zurückgedrängt werden. Ein flächendeckender Mindestlohn würde verhindern, dass immer mehr Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht

leben können, während der Staat das Lohndumping von Unternehmern auf Kosten der Steuerzahler/innen subventioniert. 20 von 27 EU-Ländern haben längst einen solchen Mindestlohn, ohne dass der Beschäftigungsstand und die Tarifpolitik der Gewerkschaften negativ berührt würden. Warum sollte die mit Abstand stärkste Volkswirtschaft Europas zusammenbrechen, wenn ein Mindestlohn eingeführt wird?

Paul Nolte: Dass Arbeit früher vor Armut schützte, ist eine Legende. Im Gegenteil, bis ins frühe 20. Jahrhundert hat sich ein Großteil der Bevölkerung in Arbeit abgeplagt und war trotzdem bitterarm – vor allem in der Landwirtschaft! Mindestlöhne sind kein Allheilmittel, und sie können gar nicht so hoch sein, dass damit ein einzelner Verdiener eine vierköpfige Familie gut ernähren könnte. Da braucht es andere sozialstaatliche Mittel wie Kindergeld oder Wohngeld. Und dass jeder Erwachsene im Prinzip erwerbstätig ist, nicht mehr nur der Ehemann und Vater als „Ernährer“, ist eben heute der Normalfall.

Was sind weitere Schritte im Kampf gegen die Armut?

Christoph Butterwegge: Nötig ist die Umverteilung von Einkommen, Arbeit und Vermögen, natürlich von oben nach unten. Die Einkommensteuer muss wieder progressiver ausgestaltet, also vornehmlich im Bereich des Spitzensteuersatzes stark angehoben werden. Leiharbeit, Werkverträge und Mini-Jobs sollten erschwert oder verboten werden. Außerdem muss die Vermögenssteuer wieder erhoben werden. Sie ist keineswegs abgeschafft, sondern von der Regierung Kohl 1997 nur auf Eis gelegt worden, steht aber noch im Grundgesetz. Durch eine Weiterentwicklung der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, in die eine bedarfsgerechte, armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung integriert sein müsste, könnte Armut nicht vollends beseitigt, aber spürbar verringert werden.

Paul Nolte: „Kampf“ gegen die Armut klingt mir fast eine Spur zu martialisch. Es bleibt für alle Zeiten eine der wichtigsten Aufgaben demokratischer Sozialstaaten – lösbar ist sie nie. Und es gibt immer viele Hebel, die man in Bewegung setzen muss. Im Moment am wichtigsten: Bildung. Denn Schulabschluss und Ausbildung sind keine Garantie, aber doch eine gute Versicherung gegen dauerhafte Armut. Und immer wichtiger wird es, dass Mieten und Nebenkosten bezahlbar bleiben, damit für Geringverdiener genug zum Leben übrig bleibt.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. 2012 sind von ihm die Bücher „Armut in einem reichen Land“ und „Armut im Alter“ erschienen, beide im Campus Verlag

Aus vielen europäischen Ländern fliehen vor allem junge Leute wegen der Wirtschaftskrise. Ein Report auf fluter.de/armut

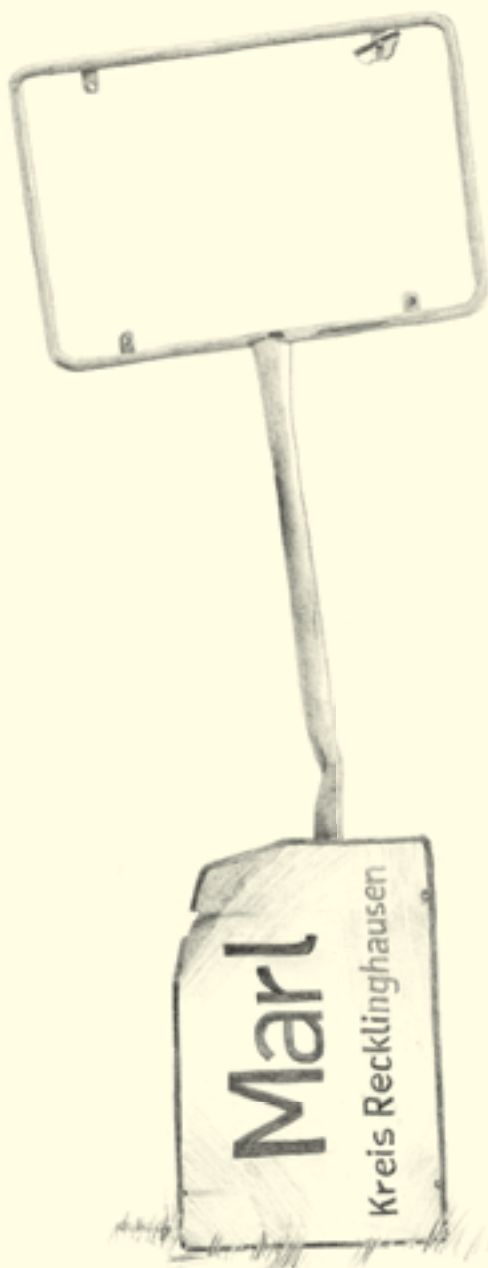


Auf die Reise: Die Bilder in diesem Dossier sind von den Fotografen Isabel Winarsch und Steffen Roth, die quer durch Deutschland gefahren sind, um Menschen zu treffen, die nicht viel haben

Wir sind Griechenland

Früher war Marl eine reiche Gemeinde – seit die Industrie fort ist, geht es steil nach unten. Die Schulden sind hoch, die Arbeitslosenquote auch. Hallenbäder, Schulen, Radwege – an allem muss gespart werden. Besuch in einer deutschen Stadt

Text: Arno Frank



Wie Marls
Nachbarstadt Herten
mit Flüchtlingen
umgeht, lest ihr auf
fluter.de/armut

In Marl kann der Besucher keine fünf Schritte gehen, ohne über eine der zahllosen Skulpturen zu stolpern. Sie sind wie absurde, achtlos verstreute Spielzeuge überall in der Stadt verteilt. Würmer aus Aluminium, Klötze aus Beton, Röhren aus Holz oder eine Nadel aus Edelstahl, die auf einen Punkt im fernen Kosmos weist. Vor dem Theater bröseln rostend eine Dampflokomotive aus dem Zweiten Weltkrieg vor sich hin. Früher gab es dazu auch noch eine Klanginstallation, aber die ist schon lange kaputt.

Der schleichende Untergang ist das Leitmotiv einer Stadt, die, wie immer mehr Kommunen in Deutschland, heillos überschuldet ist.

Jahrzehntlang wurde auf dem halbmondförmigen Gebiet zwischen Recklinghausen im Süden und dem Wesel-Datteln-Kanal Braunkohle, Steinkohle und Erz gefördert. Wer nicht in einer der Zechen arbeitete, der arbeitete im sogenannten Chemiepark, einem riesigen Areal, spezialisiert auf die chemische Industrie und abhängig von der Energie der Kohle, die nebenan aus dem Boden geholt wurde. Auf 120.000 Einwohner schätzte man auch noch Mitte der 1970er-Jahre das Wachstumspotenzial einer der reichsten Städte Deutschlands. Es fehlte nichts, es herrschte Vollbeschäftigung, und es wurde vorbildlich „in die Zukunft“ investiert: Die besten Architekten Europas bauten am Reißbrett ein Zentrum auf der grünen Wiese, im Schnittpunkt der weit verstreuten Stadtteile. Noch in den späten 70er-Jahren plante man ernsthaft eine Schwebebahn, um bequem die weiten Strecken zu überbrücken.

Und dann, Anfang der 90er-Jahre, war es plötzlich vorbei. Zuerst traf es, wie im ganzen Ruhrgebiet,

Eigentlich hat die Gemeinde ihr Tafelsilber schon verkauft

den subventionierten Bergbau. Ein Verlust, den man womöglich noch hätte abfedern können. Wichtige Unternehmen aus dem Chemiepark wechselten nach der Wende in den Osten, wo üppige Fördergelder zur Ansiedlung neuer Industrien lockten. Die Folge war ein drastischer Einbruch der Einnahmen aus der Gewerbe- und Einkommenssteuer. Seit 1991 hat Marl keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorweisen können, die Gesamtschulden belaufen sich wohl auf mehr als 500 Millionen Euro. Längst gibt es kein „Tafelsilber“ mehr, das sich zu Geld machen ließe. Und Ende 2015 schließt auch noch die Zeche Auguste Victoria, der letzte große Arbeitgeber vor Ort. Direkt betroffen sind 3.700 Mitarbeiter, bei den Zulieferern noch mehr.

„Uns sind die Hände gebunden“, seufzt Bürgermeister Werner Arndt in seinem Büro, während der Kaffee kalt wird. Belastend ist nicht nur das Schuldengebirge, das Arndt von seinen Vorgängern geerbt

Arme Großstädte

In den 15 größten Städten, die zusammen fast 14 Millionen Einwohner zählen, ist die Armut deutlich höher als im Rest der Republik. In sechs Städten (Leipzig, Dortmund, Duisburg, Hannover, Bremen, Berlin) lebt sogar zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Nur wenige Metropolen wie München, Hamburg, Stuttgart und Frankfurt liegen am oder unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Schulden der Kommunen

Mit mehr als 133 Milliarden Euro sind die deutschen Kommunen verschuldet (Stand 30.06.2012). Die meisten Schulden hat die Hauptstadt: Berlin steht mit 62,5 Milliarden Euro in der Kreide (Stand 31.12.2011)

hat, sondern auch der Versuch der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, dieses Gebirge abzutragen. Sie hat einen „Stärkungspakt“ aufgelegt, um die Kommunen aus der Schuldenspirale zu holen. 27 hochverschuldete Gemeinden können daran freiwillig teilnehmen, 34 überschuldete wurden dazu gezwungen – darunter Marl.

„Wir bekommen einen Zuschuss vom Land, müssen dafür aber einen Sanierungsplan vorlegen“, erklärt Arndt. Ansonsten würde die Stadt ihre kommunale Selbstbestimmung verlieren und künftig von einem „Sparkommissar“ verwaltet. Der Sparplan allerdings zwingt zu Kürzungen nicht nur in der Infrastruktur und im Straßenbau, sondern vor allem im sozialen und kulturellen Bereich: Schulen, Kindergärten, Fahrradwege – alles muss zusammengelegt, aufgeschoben oder ganz gestrichen werden. „Dazu kommen Verpflichtungen, die uns der Bund überträgt, wie die Bereitstellung von Kita-Plätzen oder der Solidaritätszuschlag für Kommunen in den neuen Ländern.“ So erhält Marl aus dem Stärkungspakt jährlich sechs Millionen Euro, von denen die Stadt fünf Millionen gleich wieder in den Osten überweisen muss. Da werde Finanzpolitik „nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach der Kompassnadel“ gemacht, meint Arndt.

Aufgerufen sind auch die Bürger, im Internet ihre Sparvorschläge einzubringen. Da wird angeregt, die Ampeln auf LED umzustellen, die Laternen ab 22 Uhr abzuschalten, die Grundsteuer zu erhöhen, mehr Strafzettel zu verteilen oder in der Verwaltung auf Farbausdrucke zu verzichten. Viele Bürger stören sich am Dienstwagen des Bürgermeisters, einem Audi A6, dabei sei das laut Arndt ein „sehr gutes Leasing-Angebot“. Neuerdings gäbe es sogar ein noch günstigeres Angebot – aus Stuttgart. Aber wie solle er es seinen Bürgern erklären, wenn er plötzlich mit einem Mercedes zu seinen Terminen erscheint?

Um die beiden Rathaustürme mit dem Skulpturenmuseum gruppieren sich die gigantischen Riegel mehrerer Hochhäuser, wie sie in den 70er-Jahren schick gewesen sein mögen. Als Anziehungspunkt gedacht war die hochmoderne Mall namens „Marler Stern“, wo sich unter dem größten Luftkissendach Europas rund 130 Geschäfte ansiedeln sollten. E-Plus, Reno oder Takko sind noch da, vom ehemaligen Hauptmieter Karstadt kündigt nur noch der phantomhafte Schriftzug auf dem Waschbeton an der Fassade – dort, wo die Lettern einst prangten. Spätestens dieser Verlust machte den „Marler Stern“ zu einem Einkaufszentrumszombie. „Wer soll denn hier einkaufen?“, fragt die resolute Bedienung eines kleinen Restaurants, das sich in einem der leeren, viel zu großen Räume eingemietet hat: „Was soll denn eingekauft werden? Nein, das wird nicht besser!“

Ebenfalls im Zentrum, gleich neben dem denkmalgeschützten Gebäude des Adolf-Grimme-Instituts, steht in einem verwilderten Park ein weiteres

Zeichen dafür, dass es hier auch einmal ganz andere Zeiten gegeben hat. Kühn und kantig erhebt sich da zwischen wuchernden Hecken das Hallenbad aus den 60er-Jahren. Seit 2001 ist es wegen Baufälligkeit geschlossen, sogar zum Abriss fehlt seitdem das Geld. Die gläserne Fassade ist an vielen Stellen von Steinwürfen zersplittert und notdürftig mit Holzplatten abgedichtet, auf der Terrasse steht hüft hoch das Gras, und zwischen den blauen Schleifen der Wasserrutsche sind gleichmütig die Bäume gewachsen.

„Datt is 'ne Tragödie, da habe ich seinerzeit noch schwimmen gelernt“, erinnert sich Claus Lanczek und schüttelt den Kopf. Er sagt „datt“ statt „das“, wie das die Menschen im Ruhrpott eben so machen und was immer so klingt, als würde mit der flachen Hand auf den Tisch gehauen. Datt. Zupackend und bestimmt. Hauptberuflich arbeitet Lanczek unter Tage im Bergwerk, demnächst winkt die Rente. Ehrenamtlich ist er der „Fußballchef“ der Stadt. Und einer

Von den Sportvereinen haben nur wenige überlebt

ihrer Bürger, die der Misere nicht tatenlos zusehen wollen. Er hat sie am eigenen Leib erfahren, als die Spielstätten für seinen alten Verein zusehends verfielen. Kein Geld für Investitionen, kein Geld für Reparaturen. Elf Fußballvereine gab es einmal, Bergarbeitervereine, Chemievereine, Gastarbeitervereine. Geblieben sind nur wenige.

„Da haben wir uns mal zusammengesetzt und überlegt, was wir der Stadt anbieten können“, sagt Lanczek. Drei Vereine boten an, zu einem neuen Verein zu fusionieren und der Stadt ihre Sportplätze zu überlassen, damit sie eingeebnet und die Grundstücke verkauft werden können. Bedingung war, dass im Gegenzug eine moderne Spielstätte errichtet werden sollte. Es war ein Angebot, das die Stadt nicht ablehnen konnte. 2005 wurde die Fusion beschlossen. Erst heute, sieben Jahre sowie „69 Treffen mit dem Amt“ später, sitzt Lanczek zufrieden an einem Tisch im neuen Vereinsheim. Die neue Mannschaft heißt selbstbewusst FC Marl 2011 und spielt derzeit im Mittelfeld der Bezirksliga. Kein Aufstieg in Sicht, aber auch nicht vom Abstieg bedroht.

Hinter Lanczek liegt auf einem Plateau der neue Fußballplatz mit Flutlicht, Tribüne und pflegeleichtem Kunstrasen. Ein einsamer Laubbläser dreht seine Runden. Daneben üben sich Schüler des benachbarten Albert-Schweitzer-Gymnasiums auf einem ebenfalls neuen Rasenplatz im Speerwurf. Ein dritter Kunstrasenplatz ist noch im Bau, Arbeiter sind keine zu sehen, Bagger auch nicht. Der Wind trägt in Zeitlupe bleiche Sandhaufen ab. „Datt dauert“, sagt Lanczek mit bewährtem Gleichmut, „aber datt wird.“ ←



Im Alter ist es besonders wichtig, noch Freunde zu haben,
die mit anpacken, wenn es drauf ankommt

Nichts da

Bei vielen Rentnern wird in Zukunft das Geld nicht reichen – weder für die steigenden Mieten noch für etwas Richtiges zu essen. Schon jetzt ist Armut im Alter ein großes Problem

Text: Andreas Pankratz

600 Euro zahlt Bernhard W. für seine 28 Quadratmeter große Wohnung in der Augustenstraße, nichts Ungewöhnliches für die Münchener Innenstadt. Das Problem: Nach der Miete bleiben dem 73-jährigen von seiner Rente nur noch 200 Euro im Monat. Das reicht eigentlich nicht mal für das Notwendigste in einer Stadt, die zu den teuersten in Deutschland zählt. „Man schämt sich“, sagt er. Die Not will er sich nicht anmerken lassen. Er versucht, sich „anständig“ anzuziehen. Seine Kleidung ist zwar secondhand, aber sauber; er trinkt und raucht auch nicht.

Mit der Armut hat er sich abgefunden. „Ich bin keine Ausnahme“, sagt Bernhard W. Die Zahl der Hilfe beziehenden Rentner steigt deutschlandweit: seit 2005 um fast 100.000 auf 436.000, meldete kürzlich das Statistische Bundesamt. Wie Herr W. sind diese Menschen auf die sogenannte Grundsicherung vom Sozialamt angewiesen. Für die Zukunft zeichnen Politik und Wohlfahrtsverbände düstere Szenarien, da die Berufstätigen mit ihren Beiträgen immer mehr Rentner versorgen müssen.

Ausgerechnet das wohlhabende Bayern hat dabei eine der höchsten Quoten an armen oder armutsgefährdeten Senioren. Etwa jeder Fünfte über 65 Jahre zählt zu dieser Gruppe. Die vielen Men-

Irgendwann hängt einem die Erbsensuppe zum Hals heraus

schon, die früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben, prägen und verfälschen diese Statistik ein wenig. Aber auch das traditionelle Familienbild Bayerns sei ein Grund dafür, sagen Sozialverbände. Statt zu arbeiten und in die Rentenkasse einzuzahlen, sind viele Frauen zu Hause geblieben, um für die Kinder zu sorgen.

Bernhard W. hingegen hatte einfach nur Pech im Leben. Früher hat er als Kaufmann gearbeitet, schwere Depressionen haben ihn vorzeitig aus dem Berufsleben gerissen. Eine richtige Altersvorsorge konnte er nicht ansparen. Bitter, gerade in München, das so gern mit schönen Dingen lockt. „Am vierten Tag hängt dir die Erbsensuppe zum Hals raus“, sagt Bernhard W.



Immer wieder berichten die Münchener Zeitungen über Rentner, die sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten können, weil die Mieten wie in jeder Großstadt seit Jahren stark steigen. Bernhard W. könnte aus seiner Wohnung ausziehen, in der er seit 30 Jahren wohnt. Schon häufiger wurde ihm geraten, in die neuen Bundesländer zu gehen, die Wohnungen dort seien billiger. Doch wer will in dem Alter schon ein neues Leben beginnen, wo man niemanden kennt?

Er schafft es nicht alleine, aber Bernhard kommt dennoch über die Runden – dafür sorgt der Verein Lichtblick. Vor zehn Jahren gegründet, unterstützt er arme alte Menschen in ganz Deutschland. Der Verein stellt Gutscheine für Monatstickets aus, verschenkt Lebensmittel und ersetzt den Bedürftigen Elektrogeräte oder andere Haushaltswaren, wenn diese kaputtgehen. Hin und wieder unternehmen die Senioren gemeinsam kurze Busreisen, gehen ins Konzert oder ins Theater. Vor allem aber bringt der Verein jene zusammen, die sich sonst womöglich aufgegeben hätten. „Ein Großteil der alten Menschen hat resigniert“, sagt Dorothea Wiepcke, Mitarbeiterin bei Lichtblick. „Wer arm ist, hat meistens keine Energie, Kontakt mit anderen aufzunehmen.“ ←

Überschuldung

Die verschuldeten Haushalte in Deutschland haben durchschnittlich etwa **34.000 Euro** Schulden, davon knapp **20.000 Euro** bei Banken, **900 Euro** bei Vermietern, **800 Euro** bei Telefongesellschaften und **600 Euro** bei Versandhäuusern. Hauptgründe für Überschuldung sind Arbeitslosigkeit (**28 Prozent**), Scheidung oder Tod des Partners (**14 Prozent**) und Erkrankung oder Sucht (**12 Prozent**). **62 Prozent** von ihnen haben eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert.

Was Rentner haben

2,6 Prozent der über 64-Jährigen in Deutschland beziehen Sozialhilfe. Die Kaufkraft der Rentner in Deutschland ist in den letzten zwölf Jahren um rund **20 Prozent** gesunken.

Früher gab es Austern

Brigitte Beyer war Art-Direktorin in Paris und hatte mehr Geld, als sie brauchte. Heute lebt sie in Berlin, zieht ihren Sohn allein groß und bekommt Arbeitslosengeld. Ihr Budget reicht trotzdem nicht. Porträt einer Mutter

Text: Annabelle Seubert



Gerade für Alleinerziehende schwer:
der Spagat zwischen Kind und Job

Brigitte ist jetzt 48 und immer noch Brischitt. Wie sie ihren Vornamen ausspricht, wenn sie über sich spricht, als sei das Französisch halt in ihr drin und komme aus ihr heraus, mitten im deutschen Satz, kurz, nicht klebrig, mit hartem „t“: Das ist das Souvenir, das Brigitte Beyer aus ihrem alten Leben mitgebracht hat.

Im neuen Leben sitzt Brigitte Beyer an ihrem Esstisch in Berlin und sagt, einen Tag vor ihrem 18. Geburtstag sei sie einfach weg aus Coburg. Nach New York, hatte sie überlegt, nach Paris ist sie gegangen, 300 Mark Überlebensetat, „es war Mai und grau, die Stadt schlecht und voll“. Im Sommer dann fiel ihr auf, worauf sie lange nicht mehr verzichten wollte: Architektur, Ästhetik, Genuss.

Sie sagt: „Danach ist der Zauber passiert.“ Brigitte Beyer war noch Au-pair, als ein Grafiker sie dabei beobachtete, wie sie eine Geburtstagskarte zeichnete. Bald darauf wurde sie Art-Direktorin zweier großer Werbefirmen, die Seine ein paar Ecken weiter, Aufträge für Shell, Renault, Vichy, L'Oréal und Lancôme.

Studium und Kind, dachte sie, das passe schon zusammen. Es passte aber nicht

Manchmal verwaltete sie acht Budgets zugleich, „richtige Männerbudgets“, erzählt Beyer, „so viel Geld, wie ich verdient habe, habe ich gar nicht gebraucht“, und dass sie damals beinah täglich ins Kino ging, das erste Mal Austern aß und süchtig nach ihnen wurde.

Der Gewissenskonflikt kam, als sie Werbung für eine Firma machte, die Waffen herstellt. „Brischitt“, habe sie sich gesagt, „du bist doch Pazifistin.“ Sie gab ihren Beruf auf, die Vierzimmerwohnung im 17. Arrondissement, 74 Quadratmeter, Place de Clichy, verließ Paris nach 16 Jahren und studierte Landschaftsarchitektur in Bordeaux, École Nationale Supérieure d'Architecture et de Paysage, 20 Studienplätze, einer davon ihrer.

Endlich wollte Brigitte Beyer auch das Kind, das ihr Freund sich schon seit Langem wünschte. Studium und Baby, glaubte sie, das passe schon zusammen, auch wenn es ab und zu schwierig gewesen sei, mit einem Künstler als Mann. „Wenn ich das Baby erst mal habe, dachte ich“, sie zieht die Beine an, hoch auf den Stuhl und vor den Oberkörper, „wird auch er verstehen, wie man richtig liebt.“

Und dann war Luca gerade auf der Welt, als sie von der Affäre ihres Freundes erfuhr. Sie zog nach Berlin – und blieb. „Eigentlich wegen Luca“, sagt sie, außerdem habe sie gut sechs Jahre gebraucht,

Familie: In Deutschland leben rund **1,6 Millionen** Alleinerziehende mit **2,2 Millionen** minderjährigen Kindern. Neun von zehn Alleinerziehenden sind weiblich. Alleinerziehende Männer sind meist älter als 45 Jahre, alleinerziehende Frauen dagegen zwischen 25 und 44. Für Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten besteht das höchste Armutsrisiko.

Einkommen: Laut Statistischem Bundesamt bezogen im Jahr 2011 rund **7,5 Prozent** aller Privathaushalte Hartz IV, während es unter den Alleinerziehenden-Haushalten etwa **40 Prozent** waren. Knapp 95 Prozent der rund **617.000** Alleinerziehenden, die auf Hartz IV angewiesen waren, sind weiblich. Sind sie gerade in einer Weiterbildung oder haben Kinder unter drei Jahren, müssen die Mütter und wenigen Väter dem Arbeitsmarkt aber nicht zur Verfügung stehen. So bleiben offiziell rund **280.000 Arbeitslose** übrig, von denen wiederum rund **28.000** Arbeitslosengeld I und rund **252.000** Hartz IV erhalten.

um nach dem Betrug wieder Mensch zu werden. Wenn Brigitte Beyer so redet, die Augen hell, die Stimme auch, man würde sie sich lieber auf einem Barhocker vorstellen, Rotwein vor sich, den Kopf in den Nacken gelegt, als in Neukölln, Ecke Maybachufer, der Schimmelpilz an der Wand, der Kühlschrank neben dem Klavier. Aber so ist das eben, seit sie „irgendwie rumkrebst“, wie sie sagt. Seit sie getrennt ist, längst schon, keinen Job findet, Lucas Vater nur noch Luca Unterhalt zahlt und nicht mehr ihr, sie sich von ihren Ersparnissen finanziert, von 1000 Euro Arbeitslosengeld und 184 Euro Kindergeld im Monat.

Brigitte Beyer ist niemand, den die Armut auffrisst. Sie ist jemand, der die Armut nicht gewohnt war und nun zum Alltag hat.

„Luxuriös wären 2000 Euro“, sagt sie, damit wären die 700 Euro Miete ein kleineres Problem, sogar die 900 Euro erträglich, auf die der Vermieter erhöhen will. So aber gehe alles für Fixkosten drauf, die Wohnung, Versicherungen. Der Rest sei bescheiden. Kein Babysitter, kein Kino, bestimmt keine Austern.

Und klar habe sie erhöhte Ansprüche, ihr Sohn sei hier aufgewachsen, sie wolle ihm nicht das Zimmer nehmen. Sie wolle sich auch kein Zimmer mit ihm teilen, er sei immerhin schon zehn. Sie wolle ihm auch nicht mehr sagen müssen, dass sie ihm kein Eis kaufen kann. Vor allem wolle sie nicht „so dastehen“.

Wie dastehen?

„Als kriegte ich nichts auf die Reihe.“

Dass Brigitte Beyer manchmal so denkt, sie lässt die Beine auf den Boden sinken, habe mit ihrem Selbstbewusstsein zu tun. Nach ihrem Uniabschluss habe sie gedacht: „Jetzt hab ich ein Diplom und kann nichts.“ Mit ihrem Diplom fing sie in einem Berliner Landschaftsarchitekturbüro an, sie war morgens vor den anderen da, um nachmittags pünktlich gehen zu können, Luca von der Kita holen. Drei Jahre habe sie fast für ein Praktikantengehalt gearbeitet. Dann wurde sie entlassen, weil man sich ihre Stelle nicht mehr leisten konnte.

Frau Beyer, glauben Sie, Sie sind überqualifiziert?

Beyer zögert. „Ich glaub, ich bin zu alt.“ Ihre Antwort klingt matt. „Und ich hab ein Kind.“

Wenn sie früher im Büro gesagt hat: „Dieses Wochenende ist Luca bei mir“ – jedes zweite ist er beim Vater –, hörte sie oft den Satz: „Wir erwarten, dass du trotzdem kommst.“ Sie hat meistens versucht, Luca bei Freunden unterzubringen. Funktionierte es selten.

Irgendwann, sie hatte noch eine Absage auf noch eine Bewerbung bekommen, ist sie trotzig geworden, Putzfrauen verdienen hier besser als Akademikerinnen!, sagte sie da oft. Ob sie putzen gehen sollte? Besser, glaubte sie dann, ich leg noch mal los,

als Selbstständige diesmal, doch wieder Werbung, doch wieder Grafik. Es gab einen Gründungszuschuss, „es geht ja alles“, dachte sie, und wurde krank. Jetzt gab es zwei Operationen in kurzen Abständen und natürlich die Frage: Warum jetzt?

Brigitte Beyer lacht ihr Pech weg, die Fältchen um den Mund, die Jogginghose an, die Kordeln des Kapuzenpullis vor dem Hals zur Schleife gebunden.

„Es gibt Parameter“, sagt sie, „die um dich herumgebaut sind, innerhalb derer du versuchst zurechtzukommen. Die Mieten werden teurer, die Löhne passen sich nicht an. Kinder sollen in Institutionen, Kindergärten, Schulen. Ich war 38, als Luca geboren wurde. Ich wollte ganz viel richtig

Es gibt keine Wertschätzung für Familienstrukturen, die aus der Norm fallen

machen und hab ganz viel falsch gemacht. Ihm zu viel abgenommen. Ihn nicht zur Selbstständigkeit erzogen. Aber ich denke, Väter und Mütter sind eine Investition in die Zukunft, es gibt nur keine gesellschaftliche Wertschätzung für sie und für Familienstrukturen, die aus der Norm fallen: für Eltern, die ihr Kind nicht zu zweit und zusammen erziehen und beide Vollzeit arbeiten.“

Heute ging ihr Wecker um halb sieben, Luca ist zu ihr ins Bett gekrochen, ein paar Minuten wenigstens, sie sind aufgestanden, Frühstück, Pausenbrot, hast du dein Russischbuch?, nehmen wir das Rad?, schnell zurück nach Hause, das CD-Cover, das sie entwerfen muss, die Fortbildung nächste Woche, die Mails an den Vermieter, ob das ein Rechtsstreit wird, der Schulgong am Mittag, Essen kochen, Hausaufgaben, die Comichefte auf der Couch, die Bücher auf dem Teppich, wieder das CD-Cover, was, wenn mein ALG I ausläuft, reicht es, um uns zu ernähren? „Mama, lies mir vor: ‚Der Drache mit den veilchenblauen Augen‘.“

Manchmal steht sie abends in der Küche und beschließt, sich ihre Entwürfe nicht noch mal anzusehen und stattdessen einfach den Wasserhahn aufzudrehen und zu spülen.

Das macht Brischitt dann glücklich. ←

Zehn Fragen zum Thema Armut: Ein Quiz auf fluter.de/armut

Anfang vom Ende

Hohe Handelsbarrieren, Ausbeutung der Ressourcen und Korruption. Unser Leitfaden zeigt einiges, was sich laut Experten ändern müsste, damit die Armut besiegt wird

Illustration: Ole Häntzschel; Text: Oliver Gehrs



Banken



Gesetze



Infrastrukturmaßnahmen



Handel



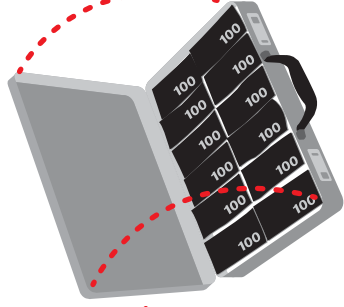
Land & Ressourcen



Gesundheitsfürsorge



Durch rechtlich verbindliche, weltweit geltende Regeln könnte der grenzüberschreitende Handel mit Waffen eingeschränkt werden, um Bürgerkriege zu stoppen.



Anti-Korruptions-Gesetze würden es Konzernen verbieten, Politiker in armen Ländern zu bestechen, um teilweise sinnlose Infrastrukturprojekte zu verkaufen, die die Schulden der Länder in die Höhe treiben.



Die Entwicklungszusammenarbeit könnte in noch mehr Ländern an Chartas zur guten Regierungsführung geknüpft werden, um Korruption zu vermeiden.



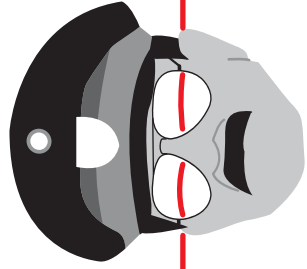
Viele Verträge zwischen armen Staaten und westlichen Unternehmen müssten neu verhandelt werden – damit mehr Gewinne im Land bleiben.



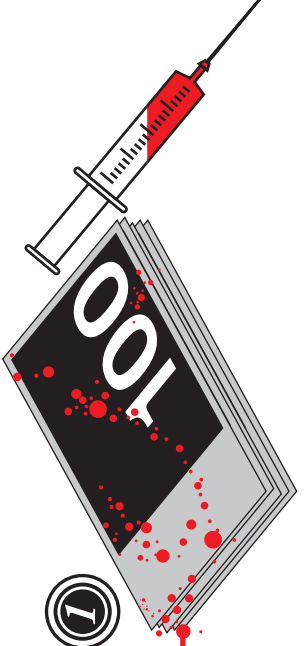
Arme Länder benötigen eine solide Umwelt- und Sozialgesetzgebung, damit die Bevölkerung nicht durch unmoralische Produktionsbedingungen belastet wird.



Global operierende Unternehmen müssten ihre Verantwortung für die Menschenrechte wahrnehmen.



Banken dürften keine Gelder von Despoten zurückhalten, sondern sollten die Gelder an die Länder zurückgeben, in denen sie geraubt wurden.



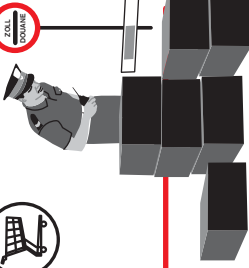
Anderes kriminell erwirtschaftetes Geld (Drogengelder, Geldwäsche) müsste in die Ursprungsländer zurückgeführt werden.



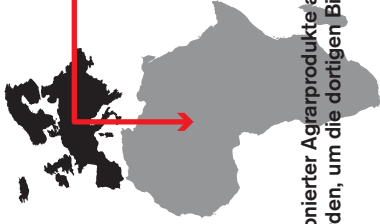
An den Börsen dürfte nicht mit Grundnahrungsmitteln spekuliert werden.



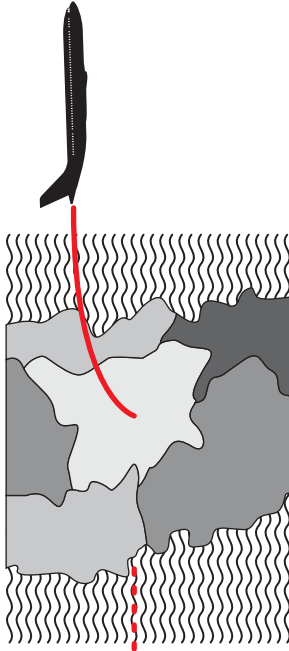
Global agierende Unternehmen wie Textil- oder Sportschuhhersteller sollten verstärkt darauf achten, dass die Arbeitsbedingungen menschenwürdig und Löhne angemessen sind.



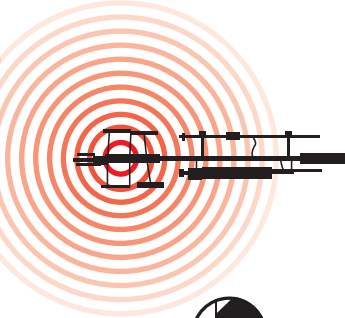
Durch das Senken der Zölle für Produkte aus armen Ländern könnten diese wettbewerbsfähiger werden.



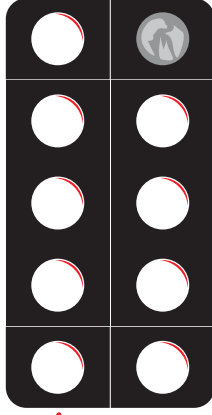
Die Lieferung subventionierter Agrarprodukte aus der EU nach Afrika sollte eingeschränkt werden, um die dortigen Binnenmärkte zu stärken.



Besonders in Ländern, die keinen Zugang zum Meer haben, müsste der Flugverkehr gefördert werden.



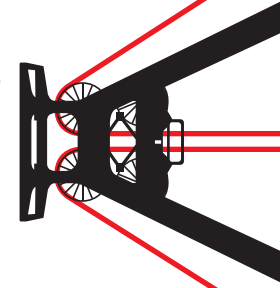
Durch den Ausbau der Telekommunikationsnetze könnte die Internetwirtschaft gefördert werden.



Pharmakonzerne könnten mehr für die Entwicklung von Medikamenten für arme Länder tun. Der Zugang zu bereits existierenden Medikamenten könnte für arme Menschen erleichtert werden. Würden die Patentschutzregeln entschlärft, könnten zudem Nachahmerprodukte, sogenannte Generika, den Armen helfen.



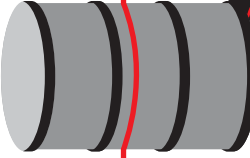
Landgrabbing, bei dem fremde Länder oder Unternehmen große Anbauflächen aufkaufen oder pachten, sollte eingeschränkt werden, damit es in den armen Ländern nicht zu Engpässen kommt.



Die Privatisierungen von Minen, aus denen Bodenschätze gefördert werden, müssten teilweise neu verhandelt werden – zugunsten der armen Staaten.



Durch die Abschaffung von Steueroasen (also Ländern, in denen auf große Gewinne kaum Steuern bezahlt werden) würde die Steuer jenen Ländern zugute kommen, in denen die Gewinne gemacht werden.



Die Einnahmen internationaler Unternehmen aus der Rohstoffförderung müssten offengelegt werden – wie es in den USA bereits geschieht.



Bei Fischereiabkommen mit afrikanischen Staaten müsste darauf geachtet werden, dass die einheimische Bevölkerung selbst noch genug zum Leben hat.

10 364 973 795 039



Die Arbeit in den Minen in Sambia (oben) macht manche Menschen
in der Schweiz (unten) ziemlich reich

Oben und unten

Sambia könnte ein wohlhabendes Land sein, wenn seine Kupfervorräte nicht von ausländischen Firmen ausgebeutet würden, die kaum Steuern zahlen und die Umwelt vergiften. Reportage aus einem Land, das für viele andere in Afrika steht

Text: Alice Odiot

Was Rüschnikon mit Sambia zu tun hat

Ende 2011 erhielt der Bürgermeister von Rüschnikon, einer beschaulichen Gemeinde am Zürichsee, einen schönen Anruf. Die Steuerbehörde teilte ihm mit, dass er rund 50 Millionen Schweizer Franken mehr an Steuern bekäme, als er in seinem Budget vorgesehen hatte - das Gros von einem einzigen Bürger seiner Stadt: Ivan Glasenberg ist der Chef des Schweizer Rohstoffunternehmens Glencore und nahm bei dessen Umwandlung in eine Aktiengesellschaft etwa 7 Milliarden Schweizer Franken (rund 5,8 Milliarden US-Dollar) ein. Aufgrund des Geldsegens sollten die Steuern in Rüschnikon um sieben Prozent gesenkt werden. Ein Bürgerkomitee aber schlug vor, sie nur um fünf Prozent zu mindern und mit den zwei verbleibenden Prozent arme Gemeinden in Afrika zu unterstützen, die unter der Geschäftspolitik von Glencore ganz besonders leiden. Doch das Geld kam nie an: Als es zu der Abstimmung kam, waren fast alle stimmberechtigten Rüschnikoner dagegen.

→ Christopher spielt Billard. Der Tisch steht mitten in der Kneipe „Social Club“. Wer in Sambia nicht gut Billard spielt, macht sich verdächtig. Christopher zielt genau und ignoriert die laute Musik, die den Raum beschallt. In Kankoyo, einem Viertel der Bergarbeiterstadt Mufulira, trinken die Männer schweigend, mit geröteten Augen und starrem Blick.

Christopher hat nichts getrunken. Er ist Bergarbeiter und arbeitet für die „Mopani Copper Mines Plc“, eine Bergbaugesellschaft, die die Kupfervorkommen in Mufulira ausbeutet.

Das von 13 Millionen Menschen bewohnte Sambia im südlichen Afrika ist eine der größten Kupferlagerstätten der Welt. Das Abbaugelände erstreckt sich über 19.000 Hektar im Herzen des sogenannten Copperbelt – dem Kupfergürtel. Hier betreibt Mopani eine der größten Kupferminen Afrikas. Kupfer ist ein strategisches Metall: Kaum eine Industrie oder Technologie kann darauf verzichten. Und nie zuvor ließen sich mit Kupfer so hohe Preise erzielen – 2011 über 10.000 Dollar pro Tonne.

Sambia müsste von den Gewinnen schier erdrückt werden. Und doch ist es eines der ärmsten Länder der Erde, was sich mit keinem Krieg, keiner Diktatur erklären lässt. 68 Prozent seiner Bevölkerung leben heute unterhalb des Existenzminimums, und zehn Millionen Sambier sind von Unterernährung bedroht.

Nicht einer der multinationalen Konzerne, die das Kupfer fördern, ist in sambischer Hand. Der Bergbausektor des Landes wurde Ende der 1990er-Jahre privatisiert. Die Weltbank stellt diesen Privatisierungsprozess – weltweit einer der schnellsten – als den erfolgreichsten im südlichen Afrika dar. Das Staatsunternehmen Zambia Consolidated Copper Mines wurde unter strenger Aufsicht von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) aufgespalten. Eine der zwei Konzessionen wurde für die Mine in Mufulira vergeben.

An den Stacheldrahtzäunen, die das Minengelände umgeben, klettern Kinder auf den Rohren herum. In weißer Farbe steht auf ihnen geschrieben: „Nicht auf den Pipelines laufen, nicht darauf setzen!“ Die Leitungen enthalten ein flüssiges Gemisch aus dem Kupferabbau. Abraumhalden, aufgeschichtet aus den Sedimenten der Mine, verdecken stellenweise den Blick auf die Förderanlagen. Auf dem Gipfel dieser kleinen schwarzen Gebirge stehen bewaffnete Wachposten. Lastwagen fahren heraus, beladen mit Kupferplatten. Andere sind mit einem silberfarbenen Tank ausgestattet, darauf die Warnung: „Vorsicht! Säure!“

In Kankoyo, jenem Stadtteil von Mufulira, der unmittelbar an das Bergbaugelände grenzt und mehr als 30.000 Einwohner hat, wird der Minenkomplex noch sichtbarer. Bläulicher, weißer und schwarzer Rauch steigt aus einem unglaublichen Wirrwarr gigantischer Rohre, Leitungen und Trichter auf. Die Luft brennt beim Einatmen, der Geschmack im Mund ist metallisch und unangenehm. „Centa“ heißt das giftige Gas in Kankoyo, das aus den Anlagen strömt: Schwefeldioxid. Das Husten lässt sich nicht unterdrücken, beim Einatmen schmerzt der Brustkorb.

Christophers Haus besteht aus zwei Räumen unter einem rostzerfressenen Blechdach. Alle Dächer des Viertels sind in diesem Zustand. Alle sind vom sauren Regen gezeichnet. Im Kontakt mit Wasser verwandelt sich Schwefeldioxid in Schwefelsäure. Das macht aus den Regenfällen eine echte Bedrohung, die Böden werden unfruchtbar.

Christopher hat sieben Kinder mit seiner Frau, die nur „Mutter von Junior“ genannt wird – so heißt der älteste Sohn, der zwölf



Die Minenarbeiter in Afrika haben von den gestiegenen Kupferpreisen so gut wie gar nichts - die Schweiz schon

ist. Cleopatra, mit 17 Jahren die älteste Tochter, hat gerade ihr nur wenige Monate altes Baby verloren. Vor zwei Wochen hat sie es beerdigt. Doch richtig kann sie das immer noch nicht begreifen. „Mein Kind ist nicht an einer Krankheit gestorben“, sagt sie.

Zwischen Dezember 2008 und Juni 2009 kam es in der Mopani-Mine zu Massenentlassungen. Etwa 3.000 Bergleute mussten gehen. Die Hälfte der Arbeiter sind Leiharbeiter, sie waren als Erste dran. Ihr Lohn ist nur halb so hoch wie der von fest angestellten Kollegen – bei gleicher Arbeit. Auch Christopher bekam als Leiharbeiter seine Kündigung. Seitdem fehlt ihm das Geld für Essen und Strom. Den bekommen die Bergbauunternehmen, die den größten Teil der im Land erzeugten Elektrizität verbrauchen, zum Vorzugstarif.

Wütend betritt Christopher mal wieder den Social Club. Es ist elf Uhr vormittags, und viele Gäste sind schon jetzt völlig betrunken. Christopher deutet mit dem Arm in die Runde: „Wer arbeitet hier? Niemand. Ich bin arbeitslos, weil Mopani sagt, dass sie keine Gewinne machen ...“ „Du, pass auf, dich wird man festnehmen und einsperren“, droht ihm ein Wachposten der Mine.

1964 erlangt Sambia die Unabhängigkeit. Es verstaatlicht in den folgenden Jahren seine Minen, erwirtschaftet damit Gewinne und ermöglicht seiner Bevölkerung den Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen. 1975 ist sein Bruttoinlandsprodukt auf

dem Stand von Portugal. Doch dann fallen infolge der Erdölkrise die Rohstoffpreise, ohne dass die noch junge afrikanische Volkswirtschaft die Zeit hatte, sich zu diversifizieren. Die Einnahmen aus dem Kupferexport schmelzen dahin. Auf Anraten von IWF und Weltbank nimmt Sambia Kredite auf. Doch Anfang der 1980er-Jahre folgt die zweite Katastrophe: Die US-Zentralbank erhöht die Zinsen, die europäischen Banken ziehen nach, und Sambia muss von einem Tag auf den anderen um das Dreifache gestiegene Zinsen zahlen. Im Juli 1989 fordern die Gläubiger schließlich die sofortige Rückzahlung der Schulden, falls die Reformen von Weltbank und IWF nicht umgesetzt werden. Zu denen gehören die Zerschlagung des öffentlichen Dienstes und die Privatisierung der Minen. IWF und Weltbank raten Sambia, Investoren ins Land zu holen. Der Minenbetrieb durch multinationale Konzerne soll alle Probleme lösen.

Im Jahr 2000 werden die Minen verkauft – Kritiker sagen: zu Schleuderpreisen. Entgegen allen Studien von IWF und Weltbank schnellen ab 2004 die Kupferpreise wieder in die Höhe. Doch für Sambia kommt dieser Aufschwung zu spät, denn dem Land gehört fast nichts mehr von seinen Bodenschätzen.

Savior Mwambwa sitzt hinter einem Aktenstapel. Wir sind in einem der besseren Viertel von Lusaka, der Hauptstadt Sambias. „Glaubt man den Worten von Mopani, so machen sie niemals Gewinne, sondern verlieren ständig Geld. Und sie entlassen, ohne dass wir etwas dagegen sagen können, denn das liegt an der Krise ... Die Bergbauindustrie nutzt Entlassungen als Druckmittel gegen die Regierung. Und das funktioniert: Unser neues Steuergesetz, das bedeutende Staatseinnahmen ermöglicht hätte, wurde fallen gelassen.“ Der studierte Volkswirt Savior ist Aktivist. Er leitet das Zentrum für Handels- und Entwicklungspolitik, eine sambische Nichtregierungsorganisation, die in Afrika die Kapitalflucht anprangert. Er ist davon überzeugt, dass Sambia seine Entwicklung selbst finanzieren könnte, wenn die Rohstoffkonzerne das zahlen würden, was sie ihrem Gastland schulden.

Savior hat schon einiges erreicht: Nach jahrelanger Geheimhaltung wurden die zwischen der Regierung Sambias und den Minengesellschaften geschlossenen Privatisierungsverträge 2007 veröffentlicht. Sie legen fest, dass Sambia auf Jahre hinaus kaum von seinen Rohstoffen profitiert. Es geht darin um Stellenabbau, hundertprozentige steuerliche Abschreibungen, Befreiung von Importzöllen für Maschinen. Die Laufzeit der im Jahr 2000 ab-

Weltbank und IWF haben Sambia nicht so gut beraten

geschlossenen Verträge beträgt 20 Jahre. Als die Verträge dank Savior an die Öffentlichkeit kamen, lösten sie einen Skandal aus. Erstmals erkannten die Sambier die Ursachen für ihre Armut.

Über die Hälfte des sambischen Kupfers wird laut Savior in die Schweiz exportiert, die achtmal mehr sambisches Kupfer kauft als China. Natürlich benötigt die Schweiz so viel Kupfer nicht, es gibt eine andere Erklärung: Mopani gehört Glencore, einem der weltgrößten Rohstoffkonzerne, mit Sitz im schweizerischen Baar. „Unternehmen wie Glencore verbuchen die Gewinne in extra dafür in Steuerparadiesen angesiedelten, verbundenen Un-

ternehmen. Und diese verkaufen das Kupfer innerhalb des Konzerns weiter. Man weiß nie, zu welchem Preis, aber offenbar machen die Minen dabei Verluste. Sie haben die besten Anwälte und Buchhalter der Welt. Sie machen, was sie wollen“, sagt Savior.

In Norwegen fließen rund 70 Prozent der Gewinne aus den Erdölexporten in die Staatskasse. In Sambia liegt dieser Anteil unter fünf Prozent. Von den zwölf in Sambia operierenden multinationalen Konzernen hat 2009 nur ein einziger in seiner Steuererklärung Gewinne angegeben.

Doch dem Land entgeht nicht nur das Geld, es bekommt zusätzlich immense Umweltprobleme aufgebürdet. „Das Kupfer wird mit Säure herausgelöst, anschließend in Reservoirs gespeichert und dann an die Oberfläche gepumpt“, erklärt ein Glencore-Berater die neu entwickelte, effektive Fördermethode. Dabei gelangen täglich große Mengen Schwefelsäure direkt in die unteren

Statt Steuern bekommt Sambia Umweltprobleme

Bodenschichten. Diese Technik verursacht verheerende Umweltschäden, doch sie ist rentabel: Man kann das Kupfer schneller und mit weitaus weniger Arbeitskräften fördern.

Unterhalb der Lagerstätten, in die täglich Hunderte Liter Schwefelsäure gespritzt werden, befindet sich das Trinkwasserreservoir der städtischen Gesellschaft Mulonga Water. Ein Pumpensystem sollte eigentlich verhindern, dass dort Säure eindringt. Weil eine Pumpe ausfiel, vergifteten sich im Januar 2008 über 800 Personen mit dem Trinkwasser. Einer davon war Junior, Christophers ältester Sohn.

Im Kampf gegen diese Machenschaften wurde Christopher zu Saviors wichtigstem Verbündeten, als Sprecher für die Opfer der Massenvergiftung und Gründer der Organisation „Green and Justice“. „Wir wollen für diejenigen sprechen, die keine Stimme haben, und das anprangern, was hier in unserer Gemeinde passiert“, sagt Christopher, und Savior ergänzt: „Mopani nimmt un-

ser Kupfer, verseucht unsere Umwelt und zahlt kaum Steuern. Wir können sie verklagen. Das ist möglich, kostet aber Zeit ...“

Niemand in Mufulira wurde für die Vergiftung entschädigt. Mopani hat ein Bußgeld von etwa 100 Dollar gezahlt und weiter mit Schwefelsäure gefördert. Charles Mwandira, Verwaltungschef der Gemeinde Mufulira, zeigt eine Wasseranalyse. „Man spricht von ‚Emissionen‘, in Wirklichkeit handelt es sich aber um Vergiftung.“ Seit 2000 halte sich Mopani nicht an die in Sambia geltenden Normen für den Ausstoß von Schwefeldioxid in die Atmosphäre. Im Juli 2009 habe der Schwefeldioxidanteil 72-mal über den sambischen Grenzwerten gelegen. Mopanis Konzernmutter Glencore erklärte im November 2011, dass man die Schwefeldioxidemissionen schon jetzt um die Hälfte auffange und bis Ende 2013 auf 97 Prozent kommen wolle.

Auch in und um die Pipelines herum befinden sich Abfälle von Mopani, ein Gemisch aus Chemikalien, Wasser und Sand. Sie durchlaufen keinen einzigen Filter und ergießen sich in der Regenzeit in einen Nebenfluss des Butondo, der ein paar Kilometer weiter in das wichtigste Wasserreservoir des Landes mündet. Im Juni 2007 wurde Mopani bereits angeklagt, den Luanshimbobach verschmutzt zu haben. Die Untersuchungsbehörde bekam keinen Zugang zur Mine, und Mopani gab an, die Lizenz zur Einleitung ihrer Abwässer in den Bach erhalten zu haben.

Doch in Kankoyo sind alle zuversichtlich, dass sich bald etwas ändert. „Green and Justice“ hat Zeugenaussagen gesammelt. Es wird ein langwieriges, kompliziertes Verfahren werden, doch die Opfer im Süden Afrikas wollen sich nichts mehr gefallen lassen. Im kleinen Wohnzimmer von Christopher werden ein paar Gläser geleert, es wird Rumba getanzt. Die „Mutter von Junior“ lacht das erste Mal. Endlich erfährt man ihren Vornamen: Maevis. Nur Christopher ist weg. Wenn er glücklich ist, gönnt er sich eine Runde Billard. ←

Mehr zum Thema gibt's bei der „Erklärung von Bern“ (www.evb.ch), einer Schweizer NGO, die sich für eine gerechtere Globalisierung einsetzt und unter anderem dieses Buch herausgegeben hat: „Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz“, Salis Verlag Zürich



IWF / Weltbank

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen und soll den Welthandel und eine internationale Währungspolitik fördern. Weitere Aufgaben sind die

Kreditvergabe und die Überwachung der Geldpolitik. Der IWF hat 188 Mitgliedstaaten, wobei die Geschäfte von den Ländern mit den größten Kapitalanteilen bestimmt werden – neben den USA und Japan gehört auch Deutschland dazu. Der IWF vergibt an notleidende Länder Kredite, die meist mit Auflagen verbunden sind. 1944, im selben Jahr wie der IWF, wurde auch die Weltbank gegründet – ursprünglich, um den zerstörten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg beim Wiederaufbau zu helfen.

Heute besteht ihre Aufgabe darin, weniger entwickelte Staaten mit Geld und Technik zu unterstützen. IWF und Weltbank wird unter anderem von NGOs vorgeworfen, für die Schulden vieler armer Staaten mitverantwortlich zu sein und letztlich nur den Interessen der reichen Länder zu dienen.

Helden der Arbeit

Sie schufteten in New York als Fensterputzer, Nanny oder auf der Baustelle: Mexikanische Einwanderer, die einen Teil des Lohns zu ihren Familien in die Heimat schicken, damit die dort überleben können. Für die Fotografin Dulce Pinzón Grund genug, sie in Outfits von Superhelden zu stecken



300 \$

pro Woche schickt Paulino Cardozo in seine Heimat nach Guerrero. Er arbeitet als Transportarbeiter für einen Gemüsehändler



500 \$

So viel überweist der Fensterputzer Bernabe Mendez jeden Monat an seine Familie in Mexiko



150 \$

schickt Maria Luisa Pomero Woche für Woche nach Puebla in Mexiko. Das Geld verdient sie in einer Wäscherei



200 \$

Ernesto Mendez verdient sein Geld als Gigolo. 200 Dollar in der Woche schickt er zu Verwandten in Mexico City



200 \$

Luis Hernandez erledigt Abrissarbeiten. Einen großen Teil seines Lohns schickt er jede Woche an seine Familie in Veracruz



400 \$

Minerva Valencia kommt aus Puebla. Sie arbeitet als Nanny und schickt jede Woche 400 Dollar an Verwandte, die weniger haben als sie

250 \$

pro Woche lässt der Taxifahrer Federico Martinez seiner Familie in Puebla zukommen





White Trash - dieser nicht gerade sehr nette Ausdruck wird in den USA für Weiße verwendet, die sich nicht einmal die Miete für eine Wohnung leisten können, sondern in den sogenannten Trailerparks wohnen

What goes on

Kann man Armut vererben? Das wohl nicht. In den USA gibt es zu dieser Frage erstaunliche Erkenntnisse

Text: Anjana Shrivastava

→ Die Geschichte vom Tellerwäscher, der zum Millionär wird, gehört immer noch zu den Gründungsmythen der USA. Und jeder Aufstieg aus elenden Verhältnissen hält diesen Mythos am Leben: Ob es der Rapper Jay-Z ist, der im berühmten Brooklyner Viertel Marcy Houses aufwuchs und heute mehr als 450 Millionen Dollar besitzt, oder Barack Obama, der wie Bill Clinton als Kind jahrelang in armen Verhältnissen lebte. Auch die erfolgreiche Medienunternehmerin Oprah Winfrey wurde als Tochter eines ledigen Teenagers im ländlichen Süden geboren.

Doch nun werden die Grundfeste des alten Mythos erschüttert. Denn die Wahrscheinlichkeit des sozialen Aufstiegs hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Nach Ergebnissen einer Studie der Pew Charitable Trusts schaffen es 66 Prozent der Amerikaner, die im unteren Fünftel der Einkommensskala geboren werden, zeit ihres Lebens nicht in die obere Hälfte der Gesellschaft. Auf der anderen Seite gehören zwei Drittel der ins obere Fünftel Geborenen für immer zur wohlhabenderen Hälfte. Die soziale Mobilität ist in den USA also noch geringer ausgeprägt als in Europa, dessen frühere Klassengesellschaft Amerika einst als abschreckendes Beispiel galt.

Diese Erkenntnis erschreckt Republikaner und Demokraten gleichermaßen. Die Ersten aber, die Alarm schlugen, waren die Wissenschaftler – lange bevor sich der Unmut über die Ungleichheit mit der Occupy-Bewegung laut bemerkbar machte und sich die Öffentlichkeit die Frage stellte, ob Amerika auf dem Weg zur Klassengesellschaft sei. Unter den Soziologen gab es plötzlich eine schaurige Vermutung: Die Armut selbst war möglicherweise auf gewisse Weise vererbbar, und diese Vererbbarkeit der Armut führt zwangsläufig zur Entwicklung einer permanenten Unterschicht.

Der Politikwissenschaftler Charles Murray behauptete bereits im Jahr 1994, dass die moderne Armut auf fatale Weise mit einem niedrigen Intelligenzquotienten zusammenhänge – und die Intelligenz in höchstem Maße

vererbbar sei. Murrays Argumentation in dem Buch „The Bell Curve“ hatte dabei ein klares politisches Ziel: Der Wohlfahrtsstaat sollte sich hüten, arme Familien zu sehr zu unterstützen oder gar in arme Schulen zu investieren, weil es letztlich vergebliche Liebeshüh sei.

Murrays These folgte eine Welle der Empörung, schließlich verletzte sie den amerikanischen Sinn für Gleichheit. Viele zweifelten daran, dass man Intelligenz oder die Vererbung von Intelligenz derart eindeutig messen kann, und bezeichneten die Kategorisierung der durchschnittlichen Intelligenzquotienten ganzer Gruppen als puren Rassismus. Einer der schärfsten Kritiker war der Harvard-Professor William Julius Wilson, der bestritt, dass es so etwas wie einen unveränderlichen Intelligenzfaktor gibt, der von Generation zu Generation weitergereicht wird. Laut Wilson sei

Das Leben im Elend kann die Gene verändern

es vielmehr historische, gesellschaftliche Prozesse, die bestimmte Gruppen – zum Beispiel die Schwarzen in den Industriestädten des Nordens – nachhaltig zermürbten. Arme Menschen gerieten nicht in Schwierigkeiten, weil sie für alle Ewigkeit minderbemittelt seien, sondern weil die Armut in ihnen selbst und in ihren Vorfahren ein katastrophales Erbe hinterlassen habe.

Damit entstand eine neue Debatte über die Vererbbarkeit der Armut, die nicht darauf abzielte, den Armen soziale Dienstleistungen zu entziehen, sondern, im Gegenteil, die ein Appell war, endlich ernsthaft in die ärmsten Regionen Amerikas zu investieren. Wie in den 60er-Jahren, als die Demokraten den „War on Poverty“ ausriefen – allerdings waren die finanziellen Mittel zu knapp, um in sozial schwachen Gebieten wie der New Yorker Bronx oder den Appalachen beispielsweise das Niveau der Schulbildung dauerhaft anzuheben.

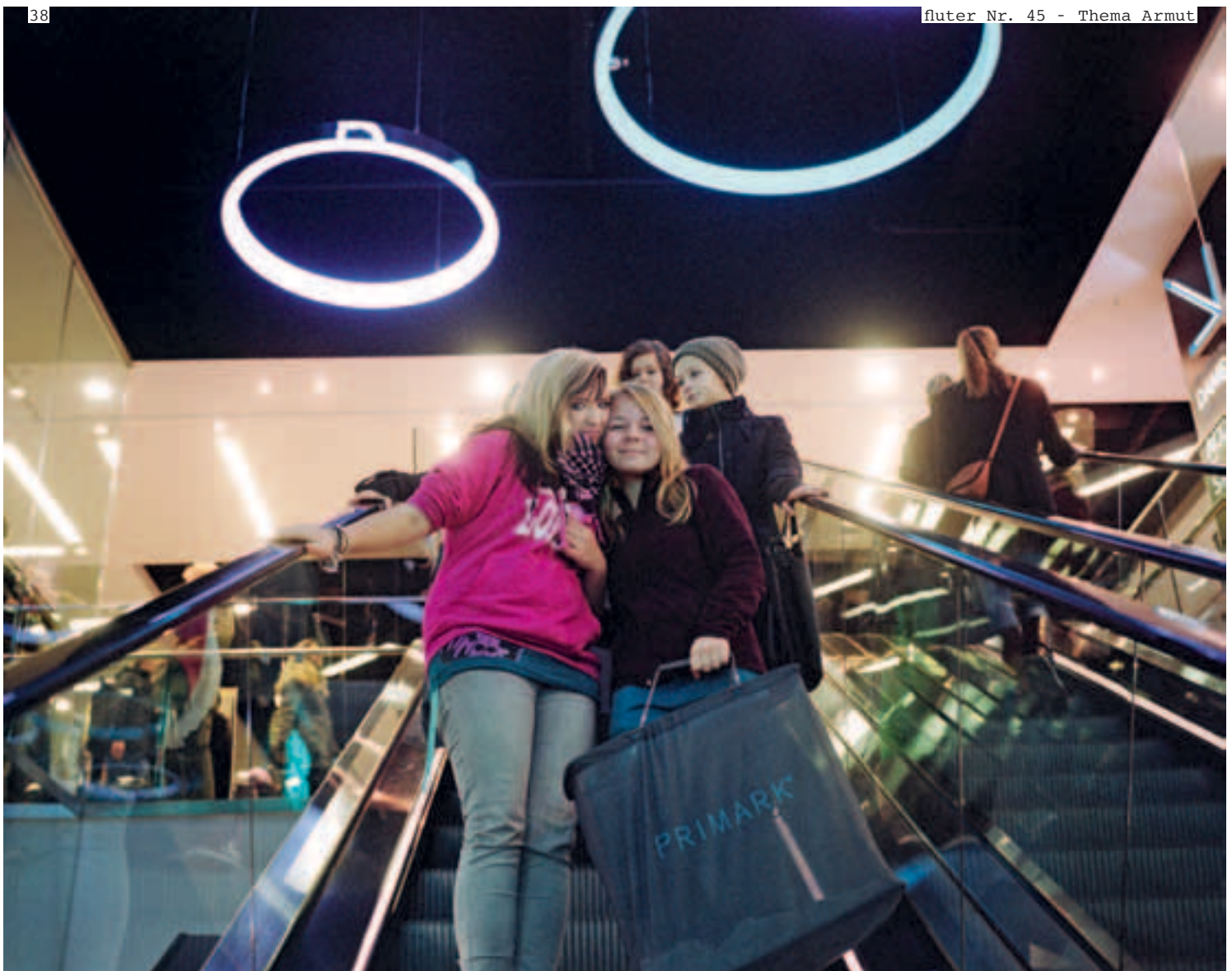
Studien der letzten Jahre, wie etwa die von Eric Turkheimer von der Universität Virginia, stellen fest, dass der genetische Einfluss auf messbare Intelligenz nur in Haushalten der Mittelklasse und Oberschicht groß war. In armen Haushalten dagegen waren die schlechtere Ernährung, das Bildungsdefizit und die Erfahrungen mit Gewalt und Drogen viel ausschlaggebender. Sein Fazit: Nicht die Eltern, die in Armut leben, sondern die Lebensumstände selbst bestimmen die Intelligenz der Kinder.

Die Forscher des berühmten Mount Sinai Hospital in New York gehen noch weiter. Sie behaupten aufgrund von Experimenten mit Mäusen, dass die Lebensgewohnheiten der Väter die Kinder prägen. Wenn Männer vor der Pubertät entweder sehr viel oder sehr wenig gegessen haben, weisen ihre Kinder später entsprechende Gesundheitsproblematiken auf. Genauso wie sich Gifte und Drogen, die von den Vätern konsumiert wurden, an der nächsten Generation rächen.

Eric Nestler vom Mount Sinai machte dazu folgendes Experiment mit männlichen Mäusen: Kleine Männchen wurden wiederholt mit größeren und aggressiveren Mäusen in Käfige gesetzt, bis sich vielfältige Symptome von Depression und posttraumatischen Belastungsstörungen zeigten. Die Nachkommen dieser bedauernswerten Probanden neigten ebenfalls stark zu Stress und Ängstlichkeit, verweigerten oft die Nahrung und mieden Artgenossen. Was besagt das über Menschen? Nestler betrachtet es als Hinweis dafür, dass die Erfahrungen der in Armut lebenden Väter an Kinder vererbt werden.

Wissenschaftler sind überzeugt, dass sich das Aufwachsen in Gegenden mit konzentrierter Armut besonders ungünstig auswirkt. Ist eine Gegend von Armut geprägt, haben die Kinder laut einer Studie der Pew Charitable Trusts ein erhöhtes Risiko des sozialen Abstiegs. Nur sechs Prozent der weißen Kinder Amerikas wohnen dauerhaft in solchen Gegenden, aber 66 Prozent der schwarzen.

Aufgrund solch verheerender Zahlen empfiehlt Professor William Julius Wilson Projekte wie die „Harlem Children's Zone“, die in 97 City-Blocks in Harlem Sozial- und Bildungsleistungen anbietet, um die Lebensqualität der Kinder zu erhöhen. Das Experiment gilt als so erfolgreich, dass US-Präsident Obama nun ähnliche Projekte in 20 anderen Städten aufbauen will. Doch in der Wirtschaftskrise könnte das Geld für dieses Projekt leider knapp werden. ←



Für wenig Geld
viel in der Tüte:
In Textildiscount-
tern wie Primark
kaufen viele
Jugendliche ein

Für viel Arbeit
wenig Geld: Damit
die Kleidung bei
Textildiscountern
so billig verkauft
werden kann,
arbeiten die Men-
schen in Bangla-
desch oft sieben
Tage die Woche
für sehr geringe
Löhne



Nicht Jacke wie Hose

Jeans für zehn Euro, Schuhe für drei, eine Handtasche für zwölf: Die irische Kette Primark will es auch armen Menschen ermöglichen, sich modisch einzukleiden. Der wahre Preis aber ist höher

Text: Bernd Kramer

→ Ein so weiter Weg für Schuhe und Schmuck: Um 5.30 Uhr in der Früh ist Constanze in Koblenz in den Zug gestiegen, mit einem Länderticket der Bahn für 27 Euro fährt sie den Rhein entlang und durch die alten Zechenstädte. Das Ziel ihrer fast dreistündigen Reise: Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 41–47, die Filiale von Primark. Ihre Klassenkameradinnen in der Berufsschule machen es längst genauso. Auch sie fahren mittlerweile 200 Kilometer zum Klamottenkaufen. So billig, so chic. „Das ist der Wahnsinn“, sagt Constanze.

Die erste Tour ist geschafft. Die 18-jährige angehende Sozialassistentin steht vor dem Kaufhaus in der Gelsenkirchener Fußgängerzone, links eine vollgepackte Primark-Tragetasche aus braunem Papier, rechts eine zweite. Constanze greift hinein. Diese schwarze Lack-Handtasche: zwölf Euro. Diese weißen Stoffschuhe: „Drei Euro! Da bezahlt man bei uns auf dem Land bei Deichmann schon mindestens 19,90 Euro für.“ Ihre gesamten Einkäufe: 49 Euro. Gleich will sie mit dem 27-Euro-Ticket weiter nach Essen, zum nächsten Primark. „Der hat sogar sechs Etagen.“

Preise nah an der Ramschgrenze, aber Klamotten auf Höhe der Zeit – mit diesem Konzept expandiert die irische Modekette Primark in Deutschland. Acht Läden gibt

es bereits, weitere sollen folgen. In Berlin kamen Tausende zur Eröffnung in diesem Sommer angereist. In Frankfurt am Main stehen die Kunden an manchen Samstagen bis auf die Straße Schlange.

„Man kann in diese Läden reingehen, ohne rot zu werden.“ So erklärt Axel Augustin vom Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels den Erfolg der Kette. Wer arm ist, muss nicht mehr arm aussehen. Das ist die Verheißung von Primark.

Früher, zu Beginn der Industrialisierung, bedeutete Armsein hungern. Heute sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten immer noch riesig, aber sie äußern sich oft subtiler: im Lebensstil, im Musikgeschmack, in der Art zu sprechen oder sich zu kleiden. In der Entscheidung zwischen dünnem Mantel und gefütterter Jacke. Die Angehörigen der unteren Klassen, schrieb der französische Soziologe Pierre Bourdieu, wollen bei der Kleidung „für ihr Geld auch etwas Ordentliches in den Händen“ halten und „entscheiden sich für das ‚Zweckmäßige‘“. Im Hartz-IV-Regelsatz sind für Bekleidung 31,42 Euro im Monat veranschlagt. Vielleicht ist es eine Errungenschaft, wenn man Menschen ihr Budget nicht mehr an Hemd und Hose ablesen kann. Aber was ist der Preis dafür?

200 Euro Schüler-Bafög bekommt Constanze im Monat. Für Mode kann sie vielleicht 100 Euro ausgeben, alle paar Monate einmal, wenn ihre Eltern Geld dazugeben. „Da kommt so etwas wie Primark natürlich wie gerufen“, sagt Constanze. Sie schwärmt von den Ohrringen, die sie gekauft hat, die nur Modeschmuck sind, aber leuchten wie echtes Gold. Als Erzieherin wird Constanze später wohl nicht zu den Topverdienerinnen gehören.

Auch Barbara kauft bei Primark. Sie kennt die Preise: Vier Euro hat die alleinerziehende Mutter vor einem Jahr für eine Jogginghose bezahlt, die sie für ihre Tochter kaufte. Dieses Jahr kostet dieselbe Hose schon fünf Euro. „Ein Euro mehr in einem Jahr! Ich habe nur gedacht: Wow.“ Ein Euro in einem Jahr – so etwas dürfte wohl niemandem auffallen, der es nicht gewohnt ist, aufs Geld zu achten.

Knapp unter 700 Euro im Monat verdient Barbara mit ihrer Halbtagsstelle, dazu kommen noch 209 Euro Unterstützung vom Arbeitsamt. Damit muss sie für sich und ihre Tochter Miete, Strom, Essen bezahlen. „Für mich bleiben dann am Monatsende vielleicht noch 20 Euro übrig.

Aber ich bin ja kein Modefritze, der sich jede Woche eine teure Hose kaufen muss.“

Barbara ist nicht nur eine typische Kundin, sondern auch eine Mitarbeiterin von Primark. Sie arbeitet in der Frankfurter Filiale. Deswegen möchte sie nicht mit ihrem richtigen Namen in die Öffentlichkeit: Zu groß ist die Sorge, dass ihr Arbeitgeber Ärger macht, wenn sie über die anstrengende Arbeit in dem rappelvollen Laden und das wenige Geld auf ihrem Konto spricht. Sie sagt: Viele der Mitarbeiter bei Primark würden gerne, so wie sie, mehr arbeiten. Doch statt ihnen volle Stellen zu geben, die einigermaßen zum Leben reichen, würde Primark auf Teilzeitkräfte setzen, deren Löhne dann das Arbeitsamt aufstocken muss, mit dem Steuergeld aller. Einer anderen Kollegin bleiben bei einer 25-Stunden-Woche rund 1.500 Euro brutto. „Mein

Sie bringen ihre Kunden quasi selbst hervor

Mann ist Handwerker und verdient ebenfalls. Wir haben Glück, dass wir so eine günstige Wohnung haben. Alleine könnte ich von dem Geld nicht leben“, sagt sie.

„Bei Primark fällt der hohe Anteil der Teilzeit- und 400-Euro-Kräfte auf“, sagt Klaus-Peter Grawunder, der bei der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Frankfurt am Main für den Handel zuständig ist. Dazu komme: Primark bezahle die Mitarbeiter nicht nach dem Tarifvertrag für die Branche. Selbst wer eine der wenigen Vollzeitstellen hat, verdient Grawunder zufolge bis zu 680 Euro weniger als ein Beschäftigter in einem Laden, der nach Tarif zahlt. Es ist paradox: Die Armen, deren Leben Primark schicker machen will, bringen Unternehmen wie Primark selbst hervor.

Auf die Frage nach der unterdurchschnittlichen Bezahlung lässt Primark über eine PR-Agentur dennoch mitteilen, dass man „den Richtlinien der Tarifvereinbarung folgt“. Zudem zeige das „jüngste Mitarbeiter-Feedback, dass unsere Mitarbeiter Primark als einen fairen Arbeitgeber“ sähen.

Auf der Unternehmens-Homepage finden sich Beteuerungen, dass Primark ein ethisch und sozial verantwortliches Unternehmen sei. „Unser Geschäft trägt direkt zur Beschäftigung von mehr als 700.000 Arbeitern auf drei Kontinenten bei. Sicherzustellen, dass deren Rechte geachtet werden, ist zentral für unser weiteres Wachs-



Von den Socken: NGOs kritisieren, dass sich Primark nicht an den eigenen Verhaltenskodex hält

tum“, schreibt die Modekette. „Primark ist entschlossen, seinen Kunden den bestmöglichen Wert zu bieten, aber nicht auf Kosten der Menschen, die unsere Produkte herstellen.“ Das klingt gut. Zu gut?

Manchmal, wenn Barbara im Laden steht, kommen die Kunden mit solchen Fragen zu ihr: Wie kann es sein, dass man für eine Jeans bei Primark weniger als zehn Euro bezahlt? Dass ein Paar Schuhe drei Euro kostet? „Ich wiederhole dann die Sätze, die unsere Chefs vorher gesagt haben.“ Dass Primark seine Waren in großen Mengen und daher besonders günstig einkaufen kann. Dass man kaum Geld für Werbung ausgeben muss. „Aber ich glaube einfach nicht, dass das so glatt läuft.“

Ein großer Teil der Ware, die Primark und andere Textilhändler anbieten, stammt aus Bangladesch: Für rund drei Milliarden Euro bezog allein Deutschland im vergangenen Jahr Kleidung aus dem Land. Nur aus China und der Türkei hat Deutschland für noch mehr Geld Textilien importiert. Eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey hat vor einem Jahr ergeben, dass die Modehäuser in Zukunft noch stärker in Bangladesch produzieren lassen wollen. Vor allem die Discounter setzen auf das Land – fast nirgends sind Hosen, Hemden und Schuhe günstiger zu bekommen. Viele Menschen dort sind bereit, für wenig Geld zu arbeiten: Rund 53 Millionen, ein Drittel der Bevölkerung, leben dort in absoluter Armut.

Die britische Anti-Armut-Organisation *War On Want* hatte schon 2006 – und

2009 noch einmal – untersucht, zu welchen Bedingungen Primark und seine beiden Mitbewerber Asda und Tesco ihre Waren in Bangladesch produzieren lassen. Primark hat einen Verhaltenskodex aufgestellt, an den sich die Produzenten halten sollen: Die Löhne sollen „existenzsichernd“ sein, Kinderarbeit ist verboten, ebenso übermäßige Arbeitszeiten, Diskriminierung und „harsche oder unmenschliche Behandlung“. Der Bericht zeichnet ein anderes Bild von der Wirklichkeit in Bangladeschs Textilfabriken. Arbeiter bekämen Löhne, die nicht zum Leben reichen. Bis zu 80 Stunden müssten sie dafür in den Fabriken schuften – obwohl das Gesetz im äußersten Fall höchstens 60 Stunden erlaubt. „Ich kann meinen Kindern keine drei Mahlzeiten am Tag geben mit meinen Einkünften. Das ist mein Schicksal“, klagt

Die Arbeiter nähen bis zu 80 Stunden in den Fabriken

in dem Report eine Näherin, die angibt, Primark-Textilien zu fertigen. Auf die Frage, wie sich solche Arbeitsbedingungen mit dem Verhaltenskodex vereinbaren lassen, lässt Primark über seine PR-Agentur ausrichten: „Wir haben uns diesen Bericht angeschaut und können keine Referenz zu Primark finden. Darüber hinaus hat uns die Kampagne für saubere Kleidung nie hierzu kontaktiert.“

Anfang des Jahres hat die deutsche „Kampagne für saubere Kleidung“, hinter der verschiedene Organisationen, Vereine

und Verbände stehen, einen Report über die Arbeitsbedingungen in Fabriken vorgestellt, in denen die Discounter Aldi, Kik und Lidl produzieren lassen. In einer der untersuchten Fabriken lässt nach Informationen der Kampagne auch Primark fertigen. Die Bedingungen dort sind nicht besser als anderswo im Land: Die Mehrzahl der Arbeiterinnen berichtete, dass sie sieben Tage die Woche arbeiten müssten, inklusive Nachtschicht. Das Tagessoll könne nur mit Überstunden zu erreichen sein. Ein Monatslohn liegt umgerechnet zwischen 28 und 65 Euro.

Khorshed Alam von der „Alternative Movement for Resources and Freedom Society“ hat die Untersuchungen durchgeführt. Sein Fazit ist bitter: „Primark respektiert seinen eigenen Verhaltenskodex nicht.“ Schlimmer noch: Das Unternehmen würde seinen Kunden damit bewusst Sand in die Augen streuen. Alam hat mit den Näherinnen gesprochen, sie zu Hause besucht in den Slums, in den engen Wohnungen, die sie sich mit vielen anderen teilen. In den Fabriken, sagt Alam, traue sich niemand, offen zu sprechen.

Es ist immer wieder dieselbe Geschichte, die die Näherinnen ihm erzählen. Es sind Frauen vom Land, die kaum lesen und schreiben gelernt haben, eines Tages von ihren Männern verlassen wurden und dann allein mit den Kindern ihr Glück in der Stadt suchten. Im Gedränge der 13-Millionen-Hauptstadt Dhaka, in den Textilfabriken, die dort teils in alten Wohntagen eingerichtet worden sind. „In der Bekleidungsindustrie zu arbeiten ist die letzte Wahl für die Menschen hier“, sagt Alam.

Es ist seltsam: Die relativ Armen in Europa halten die absolut Armen in Bangladesch arm. Und trotzdem will Alam ihnen keinen Vorwurf daraus machen. Es sind die Unternehmen, sagt er, die auf ihren Profit schielen und damit ihre eigenen Verhaltensregeln zwangsläufig ins Absurde führen. „Die Verbraucher sind nicht verantwortlich dafür.“

Eine Handtasche für zwölf, ein paar Schuhe für drei Euro. Constanze fragt sich ebenfalls, wer den Preis für so günstige Kleidung zahlt. „Wenn ich das Geld hätte“, sagt die Berufsschülerin, „könnte ich mir natürlich teurere Klamotten kaufen.“ Es ist ein großes Wenn, auf das ein ebenso großes Aber folgt: „Wer garantiert mir dann, dass die nicht nur teurer, sondern auch zu besseren Bedingungen hergestellt werden?“ ←

Auf der Kippe

Über die Müllsammler von Ghazipur

→ Als ich von einer Reise aus den indischen Gebirgsregionen zurückkam und an der Müllkippe von Ghazipur vorbeifuhr, war ich einfach nur überwältigt. Ich sah einen Müllberg, der mehr als 30 Meter hoch war, und auf dessen Spitze Menschen herumwühlten. Ich fragte mich: Wer sind die? Und warum machen die das?

Armut gibt es in Indien ja überall. Egal wo man hinkommt: Man sieht erst mal Bettler und Straßenkinder. Wenn man ein bisschen länger da ist, lernt man auch viele Menschen kennen, die hart arbeiten, zum Beispiel in zerschlissener Kleidung Riksha fahren und trotzdem kaum genug zum Leben haben.

Offiziell ist es natürlich verboten, im Müll zu wühlen. Das Geschäft der Leute besteht darin, dass sie den Müll in kleinste Einzelteile sortieren und dann an den Großhändler weiterverkaufen: Metall, Papier, Kabel, poröses Plastik, weiches Plastik, es

gibt Dutzende Kategorien. Einige der Leute auf dem Berg haben sich spezialisiert. Sie stochern mit langen Stäben, an denen Magnete befestigt sind, im Müll. Umgerechnet verdienen die meisten etwa 1,50 Euro pro Tag.

Natürlich ist die Arbeit sehr gefährlich. Fast jeder hat Haut- oder Atemwegserkrankungen, überall steigen Fauldämpfe auf, keiner trägt Handschuhe. Ich habe die Müllsammler über einen Zeitraum von zwei Monaten immer wieder besucht. Oft haben wir bis zum Abend zusammengesessen und gemeinsam gegessen. Sie leben in einer Siedlung in der Nähe des Bergs, aus ihren Fundstücken haben sie sich einfache Behausungen gebaut. Wenn ich in Deutschland bin, halte ich immer wieder Vorträge an Schulen, das Programm nennt sich „Fokus Leben - Bildung durch Bilder“. Meine Fotos sehe ich als Denkanstoß, ich hoffe, dass sich Jugendliche dadurch aufgefordert fühlen, etwas aus ihrem Leben zu machen. Im Gegensatz zu vielen Indern haben sie alle Möglichkeiten dazu. ←

Enrico Fabian war 25 Jahre alt, als er merkte, dass er an seinem Leben etwas ändern musste. Er gab seinen sicheren Job in Deutschland auf und zog 2007 nach Indien, wo er als Fotograf zu arbeiten begann. Mittlerweile wurden seine Fotoserien international ausgezeichnet. Protokoll: Fabian Dietrich



Über'n Berg?

Brasilien war das von Schulden und Kriminalität niedergedrückte Land, in dem viele Menschen in Favelas wohnten. Heute gilt Brasilien als Vorzeigeland der Armutsbekämpfung: Nahezu 30 Millionen Menschen haben im vergangenen Jahrzehnt die extreme Armut überwunden



→ Wer vor nicht mal 20 Jahren in das Fischerdorf Suape im Nordosten Brasiliens fahren wollte, holperte die zehn Kilometer aus dem Zentrum der Kreisstadt Cabo de Santo Agostinho auf einer Lkw-Ladefläche mit improvisierten Holzbänken über unbefestigte Lehmstraßen. In Suape gab es einen feinsandigen weißen Strand, eine Handvoll niedriger Fischerhütten und einen Kramladen, der alles anbot, was ein Fischerhaushalt braucht: von Reis, Bohnen und Kaffee bis zu Angelhaken, Nylonschnur, Besen und Gummiband. „Ich musste manchmal mehrmals die Woche die Preise erhöhen, um mit der Inflation standzuhalten“, erinnert sich der Ladenbesitzer. Das einzige Auto im Ort war der Krankenwagen, der meist kaputt war.

Nach Jahren der Hyperinflation, während der teils neue Werte auf alte Scheine gestempelt wurden, weil so schnell keine neuen gedruckt werden konnten, führte der damalige Finanzminister und spätere Präsident Fernando Henrique Cardoso den Real ein. Der „Reelle“, wie die Währung übersetzt heißt, war genauso viel wert wie der US-Dollar – und das garantierte die Zentralbank. Damit begann die Geschichte der wirtschaftlichen Stabilität Brasiliens. Cardoso gelang es, Monopole abzuschaffen, staatliche Unternehmen zu privatisieren und das Land mit seinen rund 195 Millionen Einwohnern für ausländisches Kapital zu öffnen.

Cardosos Nachfolger Luiz Inácio Lula da Silva hatte ab 2003 dessen Wirtschaftspolitik fortgeführt und die Sozialprogramme deutlich ausgeweitet. Um die Schulden beim IWF abbezahlen, erhöhte Lula unter anderem mehrere Steuern und erlaubte den Anbau von genmanipuliertem Soja. Nachdem der Kredit noch vor Fristablauf abbezahlt war, fassten ausländische Investoren mehr Vertrauen. Durch deren Kapital ließen sich groß angelegte Wirtschaftsförderungsprogramme finanzieren. Ehemals einkommensschwache Bevölkerungsschichten wurden durch Sozialhilfen und vereinfachte Kreditbedingungen zu Konsumenten. Der gesetzliche Mindestlohn stieg in zehn Jahren von umgerechnet 76 Euro pro Monat auf mehr als 220 Euro, das Pro-Kopf-Einkommen ist um 27 Prozent gestiegen. Noch nie waren in Brasilien so wenige Menschen arbeitslos. 2010, gerade mal ein Jahr nach der globalen Wirtschaftskrise, wuchs Brasiliens Bruttoinlandsprodukt (BIP) um

mehr als sieben Prozent, im selben Jahr wurden hier erstmals mehr Pkw verkauft als in Deutschland. Chinas wachsende Nachfrage nach Nahrungsmitteln sowie der Rohstoffreichtum Brasiliens scheinen weitere Garanten für das Wachstum zu sein. Die Industrialisierung schreitet fort, Großereignisse wie die WM 2014 und die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2016 sind Anlass für Neuerungen und Investitionen in Infrastruktur wie Straßenbau und Hotels. Und dann wurden vor Brasiliens Küste auch noch riesige Ölfelder entdeckt, die Hoffnungen auf eine nahe Zukunft in Reichtum schürten.

Kritiker sehen die Lage anders. Die Grünen-Politikerin und ehemalige Umweltministerin Marina Silva etwa kritisiert das Wirtschaftsförderungsprogramm als kurzsichtig, sozial- und umweltfeindlich. Tatsächlich sind besonders gigantische Projekte wie der Staudamm Belo Monte stark umstritten. Inzwischen stagniert Brasiliens Boom, für 2012 erwarten Wirtschaftswissenschaftler mäßige zwei Prozent Wachstum. Lula-Nachfolgerin Dilma Rousseff hat zwar eilig Steuern auf Konsumgüter wie Autos – aus brasilianischer Produktion – gesenkt und das Sozialprogramm nochmals erweitert, um den Privatkonsum zu steigern, der seit acht Jahren ununterbrochen wächst. Doch Kritiker sprechen von „Assistenzialismus“, weil Brasilien zu wenig in Bildung investiere, gleichzeitig aber 50 Millionen Familien Geld aus einem der weltweit größten Sozialprogramme, Bolsa Familia, oder andere staatliche Zuwendungen zahlt. Die bekommt zwar nur, wer seine Kinder regelmäßig zur Schule schickt, die Effizienz der Bildungseinrichtungen ist allerdings begrenzt: In der letzten Pisa-Studie belegten Brasiliens Schüler in Lesen und Naturwis-

Immer noch gibt es Korruption

senschaften einen hinteren Platz, in Mathematik sah es noch schlechter aus.

Mangelnde Bildung und Korruption sind die größten Hürden auf dem Weg zu einem dauerhaften Wachstum: In diesen Wochen werden führende Politiker aus Lula da Silvas Amtszeit wegen eines der größten Korruptionsskandale verurteilt.

In der Kreisstadt Cabo de Santo Agostinho, zu der Suape gehört, erhalten



Früher war Suape ein verschlafenes Fischerdorf. Heute ist dort ein wichtiger Hafen angesiedelt. Oben besucht der frühere Präsident Lula da Silva (rechts) eine neue Fabrik

von 180.000 Einwohnern zurzeit mehr als 17.000 Familien Staatshilfe, weitere 13.000 Familien haben ihren Antrag eingereicht. Dabei gibt es auch in Cabo den Aufschwung: Fahren noch vor zehn Jahren reichlich Pferdekarren durch die landwirtschaftlich geprägte Stadt, so drängen sich heute Autos, Busse und Lkw in den zu eng gewordenen Straßen. Mehr als 2.500 Unternehmen beschäftigen im Stadtgebiet über 30.000 Menschen, die wichtigsten Supermarktketten und Banken haben Filialen aufgemacht, und neuerdings gibt es sogar ein Einkaufszentrum.

„Die neuen Firmen haben Geld gebracht und damit das städtische Budget aufgebessert“, sagt Lytiene Rodrigues, die städtische Referentin für wirtschaftliche Entwicklung in Cabo. „Aber andererseits rufen sie Fachkräfte aus anderen Bundesstaaten, weil hier die Leute nicht gut genug ausgebildet seien. Mit diesen Fremdarbeitern ist bei uns der Drogenmissbrauch stark gestiegen, und viele gründen hier

neue Familien, obwohl sie in ihren Heimatstädten verheiratet sind.“

Insgesamt sei aber vieles besser geworden: Tatsächlich lag das Pro-Kopf-Einkommen 2010 mit umgerechnet beinahe 8.500 Euro gut ein Drittel über dem Landesdurchschnitt. Kein Vergleich zum Jahr 2000, als der Jahresdurchschnitt noch skandalöse 50 Euro betrug. Die Kindersterblichkeit ist von 40 Prozent auf unter 15 Prozent gesunken. Heute versorgen 470 Ärzte die Bevölkerung – statt 37 im Jahr 2004, und das Programm der Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft ist komplett umgesetzt, eine Seltenheit in Brasiliens Gemeinden, wo die Bundesgelder häufig ergebnislos versickern. „Besonders stark ist der Unterschied in den Strandvierteln zu sehen, da gab es ja noch vor wenigen Jahren nur Sandwege“, sagt Lytiene Rodrigues. Tatsächlich: Die Hauptstraße von Suape ist jetzt asphaltiert. Am Horizont leuchten die Zeichen der neuen Zeit rot in den Himmel; die Kräne der

Werft Atlantico Sul, das Wahrzeichen des neuen Industriehafens. Dessen Entwicklung haben Investitionen der Regierung ins Rollen gebracht. Der Hafen hat bislang rund 35.000 Arbeitsplätze und einen bescheidenen Wohlstand in der Gegend geschaffen. An Suapes Hauptstraße parken Neuwagen, und nur vereinzelt duckt sich noch ein ebenerdiges Fischerhaus neben den stolzen Neubauten mit mindestens einem Obergeschoss. Gleich zwei Supermärkte machen dem alten Ladenbesitzer Konkurrenz, und am frühen Abend stehen die Kunden in beiden an der Kasse Schlange. Die meisten tragen einen Blaumann mit Firmennamen: Sie sind im Hafen beschäftigt. Der alteingesessene Besitzer hat sich auf die Fremden eingestellt und Waren in sein Angebot aufgenommen, die die Dorfbevölkerung nie gebraucht hat, „Extra vergine“-Olivenöl etwa, Vollkornkekse oder Schokoladentafeln.

João Batista Neto, Besitzer der einzigen Pension im Dorf, profitiert ebenfalls von den Zugezogenen: „Ich mache jetzt im Monat so viel Umsatz wie früher in einem Jahr“, sagt der 52-Jährige. „Ich habe mir einen Jeep geleistet und dem Wunsch meiner Frau nachgegeben, die in der benachbarten Großstadt im schicken Viertel Boa Viagem wohnen wollte.“ Er streicht zufrieden über seinen Bauch und setzt hinzu: „Der ist auch gewachsen!“ Batista beherbergt jetzt statt einzelner Urlauber die Belegschaften von Firmen, maximal 150 Männer. Zurzeit baut er ein Obergeschoss auf die Unterkünfte, um bald noch mehr Arbeiter unterbringen zu können.

João Batista gehörte als Ingenieur aus besserer Familie bereits vor dem Boom zur

brasilianischen Mittelklasse. Anders Ana Carla Domingos. Die 28-jährige gelernte Friseurin stammt aus einem einfachen Wohnviertel in Recife und arbeitete bis vor zwei Jahren in einem Laden für Sonderangebote. „Dort habe ich etwas mehr als den Mindestlohn verdient“, sagt sie. Kolleginnen aus Suape redeten ihr zu, einen Friseursalon aufzumachen. Ana Carla mochte den kleinen Ort am Strand und sah sich bei Besuchen Mietwohnungen an, bis sie eine günstige an der Hauptstraße fand. „Der Erfolg war mir sicher, es gab hier keinen Salon, ich musste nur Geduld haben und ordentlich arbeiten“, sagt die schlanke Frau mit dem gewinnenden Lächeln. Das Lächeln hat sie gebraucht: „Anfangs haben mich viele schräg von der Seite angesehen, mich nicht einmal gegrüßt – ich musste eine Menge Misstrauen überwinden.“

Inzwischen hat Ana Carla eine weitere Friseurin und eine Nagelstylistin angestellt und lebt gut von ihrem Salon. „Ich habe neulich eine Reise nach Bahia gemacht – das hätte ich mir früher nie leisten können. Wir bauen gerade unser Haus, und nächstes Jahr will ich mir ein Auto kaufen.“ Die Dorfmentalität findet sie immer noch gewöhnungsbedürftig. „Den Leuten geht es jetzt zwar finanziell besser, sie haben Autos, schicken die Kinder auf eine bessere Schule – aber die Köpfe haben diese Entwicklung nicht mitgemacht“, sagt sie. „Das Denken ist sehr beengt. Zum Beispiel wollen sie Geld durch Mieteinnahmen verdienen – aber gleichzeitig die Kontrolle über ihren Besitz nicht aufgeben. Einer Freundin von mir hat die Vermieterin eine Riesenszene gemacht, weil sie zu Weihnachten Besuch von ihrer Fa-

milie bekam. Das waren der Vermieterin zu viele Leute.“ Andere versuchten, im Salon die Preise herunterzuhandeln, oder kämen nur zum Schneiden und Föhnen, weil ihnen die Haarpflegeprogramme zu teuer seien.

Maria Auxiliadora do Nascimento ist 39 Jahre alt und war noch nie beim Friseur. Ihre Haare schneidet eine Freundin. Maria wohnt auf einem Hügel in einem Haus aus Lehm, vielleicht 30 Quadratmeter groß. Davon nutzt Maria die Hälfte – in der anderen wohnt ihr Sohn mit seiner Frau und dem Enkel. Maria und ihr Mann Severino

Plötzlich haben sie eine Kreditkarte

sind Analphabeten, bis vor einem Jahr haben sie von Gelegenheitsjobs und staatlichen Hilfen gelebt. Jetzt haben sie eine Kreditkarte: Im Garten steht eine Waschmaschine, in einem kleinen Schuppen ein kleines Moped – beides auf Kredit gekauft. Die beiden gehören zur neuen Mittelklasse Brasiliens, von der Politiker gern sprechen. Severino verdient bei der Müllabfuhr rund 300 Euro, Maria kommt als Gelegenheits-Haushaltshilfe auf weitere 70 Euro. Die Rechengrundlage der Regierung besagt: Stehen in einem Haushalt jedem Mitglied umgerechnet mindestens 111 Euro zur Verfügung, hat er die untere Mittelschicht erreicht. Das ist ungefähr die Hälfte des staatlich garantierten Mindestlohns – weit entfernt von echtem Wohlstand. Und was hält Maria davon, jetzt dazuzugehören? „Mittelschicht? Keine Ahnung, was das sein soll“, sagt sie und lacht. ←



Armutsbericht

Alle drei bis vier Jahre kommt das große Zahlen- und Faktenwerk heraus, das im Auftrag des Bundestags auf Hunderten von Seiten einen Überblick über die soziale Lage Deutschlands liefert.

Der Armuts- und Reichtumsbericht enthält unzählige Statistiken etwa zu Arbeitslosenquoten, Kita-Plätzen, zu gesundheitlichen Problemen von Geringqualifizierten, dem sozialen Engagement von Reichen und Risikofaktoren von Berufseinsteigern. Aber auch kritische Einschätzungen der Autoren. Die sind nicht unumstritten. Nach mehrmaligen Abstimmungen zwischen diversen Sozialverbänden und verschiedenen Ministerien erscheint die vierte Ausgabe Anfang 2013. Sie soll Entscheidern in Politik und Gesellschaft Orientierung bei ihrer Arbeit geben.

Ein Hunni für jeden

Es wurde schon viel über die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens geredet. In dem namibischen Ort Omitara-Otjivero wurde es einfach mal ausprobiert

Text: Bastian Schwarz

→ Geld für jeden, ohne Gegenleistung, regelmäßig und dauerhaft: Das ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Ihre Befürworter erhoffen sich mehr Gerechtigkeit und Effizienz bei der Verteilung des kollektiven Reichtums, die Freisetzung kreativer und unternehmerischer Talente und natürlich Sicherheit vor Armut. Kritiker sehen in dem Konzept einen kostspieligen Freibrief für Faulheit, eine soziale Hängematte für ganze Gesellschaften.

Was wirklich passieren würde, wenn man Menschen einfach so Geld geben würde, das wusste man lange nicht. Denn so richtig probiert hatte es noch niemand. Das änderte sich im Januar 2008, als eine Koalition von kirchlichen und Nichtregierungsorganisationen im

Alle bekommen ohne Bürokratie das Geld fürs Nötigste

südwestafrikanischen Namibia begann, den Bewohnern der kleinen Siedlung Omitara-Otjivero einen Basic Income Grant (BIG) auszuzahlen. Eine von der Regierung eingesetzte Expertenkommission hatte befunden, dass ein geringes Grundeinkommen für alle Bürger unterhalb des Rentenalters der effizienteste Weg sei, die schlimmste Armut im Land zu lindern. Arme Haushalte würden ohne viel Bürokratie an Geld für das Allernötigste kommen. Reiche würden den BIG zwar auch erhalten, die Zahlung aber gleichzeitig durch höhere Steuern finanzieren. „Nach Power to the People geht es jetzt um Money for the People“, fasst Dirk Haarmann, der das Projekt mitleitete, zusammen. Doch dann schenkte

die Regierung der Empfehlung wenig Beachtung. Die Initiative begann Geld zu sammeln für ein Pilotprojekt, in dem die Teilnehmer jeden Monat 100 Namibia-Dollar (8,80 Euro) bekommen würden. Bedingungslos und bar auf die Hand. Für viele Menschen in Namibia ist das echtes Geld. Denn obwohl das Land mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 1.473 Euro pro Kopf keiner der ärmsten Staaten ist, so ist er doch einer der ungleichsten. Während die Einkommensstarken einen mit Europa vergleichbaren Lebensstandard genießen, hat ein großer Teil der Bevölkerung Mühe, über die Runden zu kommen.

„In Otjivero leben Leute, die keiner haben will“, beschreibt es Pastor Petrus Khariseb, der Koordinator der Initiative. Landarbeiter, die nicht mehr gebraucht wurden, bauten sich hier Behausungen aus alten Metallresten und anderen wertlosen Materialien. Wenige haben Arbeit, viele nicht genug zu essen. Die Befürworter des Grundeinkommens dachten: Wenn es hier klappt, dann kann es überall funktionieren. Ab Januar 2008 wurde das Geld an alle Bewohner des Ortes ausgezahlt.

Doch was machten die Menschen mit dem Geld? Skeptiker fühlten sich bestätigt, als der Eigentümer eines Geschäfts den Medien erzählte, dass sich der Alkoholverkauf immer am Zahntag vervielfache. Doch wie die Projektdaten zeigten, wurde nicht nur Bier und Schnaps



Nachdem die Menschen in der kleinen Siedlung Omitara-Otjivero ihr erstes Geld bekommen hatten, ging erst mal der Alkoholkonsum hoch, dann aber begann ein kleines neues Wirtschaftsleben

gekauft: Am Anfang des Projekts waren 42 Prozent der untersuchten Kinder unter fünf Jahren unterernährt. Nach einem Jahr lag die Quote bei 10 Prozent. In der lokalen Schule wurden plötzlich Schulgebühren bezahlt, die Abbrecherraten sanken drastisch. In der Klinik gab es mehr Behandlungen, weil sich die Patienten plötzlich die Gebühr von vier Namibia-Dollar (35 Cent) leisten konnten.

Das Geld wurde nicht nur ausgegeben, es wurde auch investiert. Von Frida Nembwaya zum Beispiel, die einen schwunghaften Handel mit kleinen Broten aufbaute. Oder von Belinda Beukes, die die Kinder im oft sengend heißen Ort mit selbst gemachtem Fruchteis versorgte. Die Kleinstunternehmen funktionierten, weil es plötzlich Kunden gab. „Was wir nicht erwartet haben, ist, dass man mit relativ wenig Geld diesen lokalen Markt aufbauen kann“, sagt Claudia Haarmann, die Frau von Projektleiter Dirk Haarmann. Der vielleicht wichtigste Effekt der Auszahlungen findet sich aber nicht in den Statistiken, sondern in den Worten von Jonas Damaseb aus Otjivero: „Mit BIG haben die Leute ihre Würde zurückgewonnen.“

Während es in Omitara-Otjivero aufwärts ging, tobte in den Medien eine Debatte über das Projekt. Unterstützer und Zweifler warfen sich gegenseitig Schönfärberei und Zynismus vor. Schließlich äußerte sich auch der namibische Präsident, Hifikepunge Pohamba: „Wir in der Regierung denken nicht, dass das eine gute Idee ist.“ Das Konzept würde die Menschen zum Nichtstun animieren. Die Ergebnisse aus Omitara-Otjivero wurden nicht kommentiert. Bald darauf legte die Regierung ein traditionelles milliardenschweres Konjunkturprogramm auf, das mit Investitionen in die Infrastruktur Arbeit schaffen soll.

Doch ohne die Unterstützung der Regierung ging es nicht weiter. Die Gelder kirchlicher Organisationen aus Deutschland waren aufgebraucht, und das Netz lokaler Spender reicht nicht, um den BIG langfristig auszuzahlen. Allerdings geben sich die Projektmitarbeiter nach wie vor kämpferisch. Die Aufgabe sei jetzt, weiter über die Erfahrungen in Omitara-Otjivero zu sprechen. „Die Einsicht ist, dass die Leute in Armut das Geld zumindest nicht schlechter ausgeben als die Reichen“, sagt Dirk Haarmann. „Dieses Misstrauen gegen die Armen, das muss man abbauen.“ ←

Mehr zum
Grundeinkommen:
fluter.de/armut

Weniger ist mehr

„Arm, aber sexy“: Nur ein dummer Spruch oder ist da was dran? Manchmal kann man ja wirklich mit weniger Geld glücklich werden. Die Freiheit und das Gefühl, an etwas Sinnvollem zu arbeiten, sind oft wichtiger als Karrieremöglichkeiten und ein geregeltes Einkommen. Zum Schluss haben wir in Berlin ein paar Leute besucht, die so eben über die Runden kommen, aber reichlich Erfahrungen machen

Text: Heiko Zwirner



Manche Arbeitsplätze muss man sich einfach selber basteln. Anstatt darauf zu warten, dass irgendwo alles perfekt ist

→ Jeden Donnerstag um 9.30 Uhr können die Mitglieder der Betahaus-Community kostenlos frühstücken. An einer langen Tafel im hauseigenen Café gibt es belegte Brötchen und Filterkaffee, doch die Teilnehmer sind nicht nur zum Essen hier, sondern auch, um Erfahrungen und Ideen auszutauschen. Jedes Mal sind neue Gesichter dabei, deshalb stellen sich alle erst einmal kurz vor. Die meisten sind unter 30 und sehen ziemlich lässig aus; ein Filmemacher aus São Paulo ist dabei, ein Programmierer aus Bulgarien und die Inhaberin einer Schokoladenfirma aus New York. Manche haben einen Arbeitsplatz im Haus, andere sind hergekommen, um zu zeigen, womit sie sich beschäftigen. Drei junge Damen aus London stellen eine Art bunte Power-Knete vor, die eine halbe Stunde nach dem Auspacken hart wird und mit der man alles Mögliche flicken und modellieren kann. In der Runde sitzen auch zwei Design-Studenten,

die ein Möbelstück entwickelt haben, das man zugleich als Schreibtisch und als Schlafgelegenheit nutzen kann. Sie nennen es „Vollbeschäftigung“.

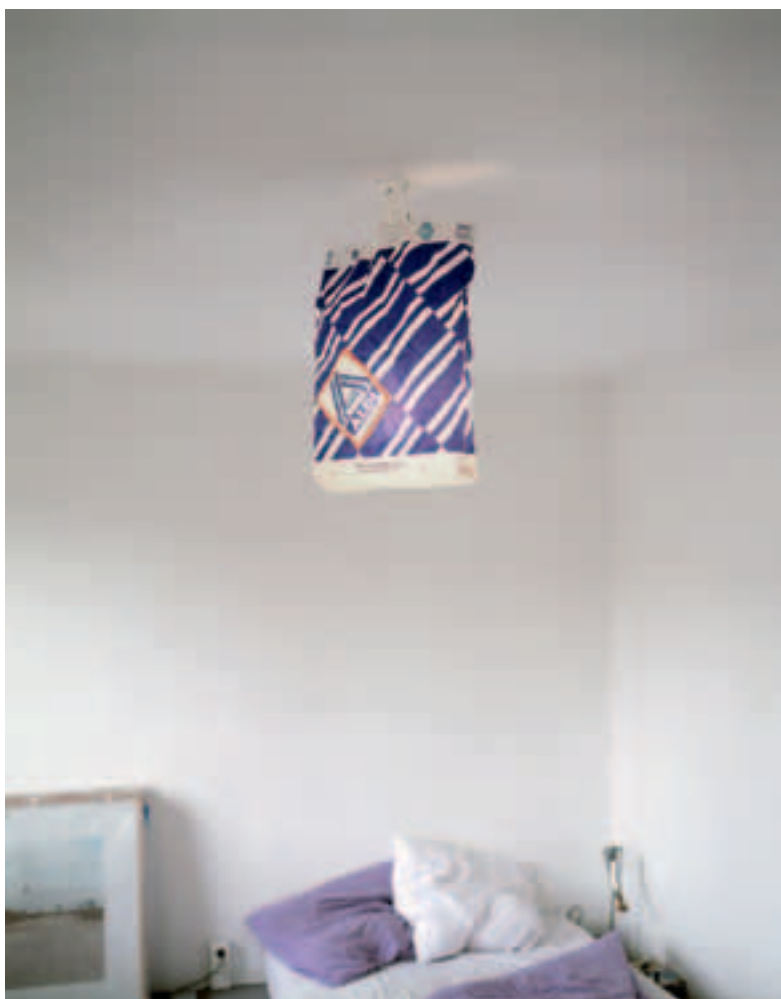
Während an der Frühstückstafel in ständig wechselnden Zusammensetzungen miteinander geredet wird, starren die meisten der übrigen Cafébesucher an den Tischen ringsum konzentriert auf ihre Laptops. Durch eine massive Tür neben dem Tresen gelangt man zu einem alten Lastenaufzug, der zu den weitläufigen Gemeinschaftsbüros in den oberen Etagen führt, wo rund 200 Kreative aus den verschiedensten Disziplinen ihren Projekten nachgehen. „Co-Working-Space“ nennt man das, wenn Freiberufler, Existenzgründer und Jungunternehmer, die sich kein eigenes Büro leisten können, eine Arbeitsfläche teilen. Die Tische mit den roten Aufklebern sind fest vermietet, die mit den grünen Aufklebern sind gerade frei. Der Mitgliedsbeitrag beläuft sich

auf monatlich zehn Euro, ein flexibler Arbeitsplatz ist für zwölf Euro am Tag zu haben.

Alein in Berlin gibt es inzwischen rund 50 Co-Working-Einrichtungen, die nach demselben Prinzip funktionieren, und längst haben Trendgurus das vernetzte Arbeiten außerhalb herkömmlicher Unternehmenshierarchien zum Lebensentwurf der Zukunft ausgerufen. Durch das Buch „Wir nennen es Arbeit“ wurde vor ein paar Jahren der Begriff „Digitale Bohème“ populär. Er bezeichnet eine Generation von Journalisten, Fotografen, Designern, Architekten, Programmierern und Filmemachern, die über viele Freiheiten verfügen, aber mit unsicheren Einkommensverhältnissen leben müssen: kreative Nomaden ohne festes Gehalt, aber mit ständigem Zugang zum Internet. Berlins Regierender Bürgermeister prägte schon 2003 den Slogan von Berlin: arm, aber sexy. Das brachte ihm nicht nur Beifall ein. Manche warfen ihm vor, er verpasse seiner Schuldenmetropole ein schickes Image und mache sich über Leute lustig, die so eben über die Runden kommen. Tatsächlich ist der Übergang von der Selbstverwirklichung zum Selbstbetrug fließend; so mancher Freiberufler hat den Weg in die Selbstständigkeit nur aus Mangel an Alternativen eingeschlagen und wurstelt nun am Existenzminimum herum. Andere machen ein Praktikum nach dem anderen, oft ohne überhaupt etwas dafür zu bekommen.

Viel mehr als Miete, Wasser und Brot ist gerade nicht drin

Wie kommt man also als digitaler Unternehmer über die Runden? „Puh, das ist eine schwierige Frage“, sagt Benjamin Tincq. Der Franzose reist derzeit quer durch Europa, um sein Projekt bekannt zu machen: eine Internetplattform für Leute, die an die unterschiedlichsten Formen von Zusammenarbeit und unkommerziellem Austausch glauben – vom Wohnungstausch übers Lastenrad bis zur Bauanleitung für Kühlschränke. Geld verdient Tincq damit nicht, deshalb hofft er auf eine Förderung durch die EU. Ab und zu hält er Vorträge für Mitarbeiter großer Unternehmen, die etwas über digitale Netzwerke und kollaboratives Arbeiten lernen wollen, dabei kommt ein bisschen was an Honoraren zusammen. Für seine neue Mission hat er einen gut bezahlten Job in einer Beratungsfirma



Manchem geht ein Licht auf: Es ist nicht immer das Fertige, das das Leben bereichert

aufgegeben. „Geld ist nicht alles“, sagt er. „Ich wollte lieber etwas Sinnvolles machen – etwas, das mir persönlich wichtig ist.“

Auch Anthony Forsans gibt sich mit einem vergleichsweise niedrigen Einkommen zufrieden, weil er an seine Sache glaubt. Neun Monate lang haben sein Geschäftspartner und er von einem Gründungszuschuss des Arbeitsamts gelebt, für weitere sechs Monate erhalten sie nun eine Förderung der TU Berlin, die von der EU mitfinanziert wird. „Das reicht für Miete, Wasser und Brot, aber viel mehr ist gerade nicht drin“, sagt Forsans. Der studierte Wirtschaftsingenieur hat bei einem renommierten Beratungsunternehmen gekündigt, um ein neuartiges Schließfachsystem zu entwickeln, das sich über Smartphones steuern lässt und in dem man zum Beispiel seine schmutzigen Hemden ablegen kann, damit sie von einem Mitarbeiter einer Reinigung abgeholt werden. Den ersten Prototypen haben die beiden in einer Werkstatt zusammengeschaubt. Ein paar Tausend Euro aus ihren Ersparnissen hat das Ding gekostet, jetzt ist es bereit zum Ausprobieren.

Auch bei Benjamin Emde ist es der Unternehmergeist, der ihn auf vieles verzichten lässt. Kürzlich hat der 25-Jährige seinen Master in IT-Systems Engineering gemacht, seit ein paar Wochen sitzt er nun als Teil eines fünfköpfigen Teams an einem der Schreibtische und arbeitet am Aufbau einer Website, die Reisenden quer durch Europa dabei helfen soll, möglichst schnell und möglichst günstig von einem Ort zum anderen zu kommen, indem sie gleichzeitig nach Bus-, Bahn- und Flugverbindungen sucht. Programmierer wie Emde sind derzeit gefragt, deshalb hat er in der jungen Start-up-Firma gleich eine Anstellung bekommen; allerdings arbeitet er fast 60 Stunden pro Woche und bekommt dafür deutlich weniger als das Einstiegsgehalt, das in einem großen Software-Unternehmen bei etwa 45.000 Euro im Jahr liegen würde. Emde ist noch so jung, dass er es sich leisten kann, nicht viel zu verdienen. „Es ist ja nicht so, dass ich auf irgendwas verzichten müsste“, sagt er. „Mein Lebensstandard entspricht noch dem eines Studenten, und in Berlin kann man auch mit wenig Geld ganz gut auskommen.“ Viele Start-up-Firmen gibt es nach einem Jahr nicht mehr, doch dieses Risiko geht Benjamin Emde ein. „Bei einem Start-up lernt man als Entwickler viel mehr als in einem alteingesessenen Unternehmen. Wenn ich mich irgendwann mal woanders bewerbe, dann kann ich sagen, dass ich schon mal etwas von Grund auf mit aufgebaut habe. Das ist viel wert.“ ←

Armut, die es nicht ins Heft geschafft hat



Geistige Armut

Lange haben wir darüber nachgedacht, das Thema Armut auch auf andere Bereiche des Lebens zu übertragen. Zum Beispiel auf Komiker im deutschen Fernsehen, die arm an guten Witzen sind. Oder auf die nähere Umgebung unserer Redaktion in Berlin, die definitiv arm an guten Imbissen ist. Auch das langsame Internet schien uns kurzzeitig ein Armutszeugnis für den, äh, Technologiestandort Deutschland zu sein. Zum Glück haben wir uns am Ende das Heft mit solchen Luxusproblemen nicht versaut.



Altkleidersammlung

Manchmal ist das ja so eine Sache mit dem begrenzten Platz in einem Magazin. Wir hätten eigentlich auch gerne darüber berichtet, dass die meisten Kleiderspenden überhaupt nicht in deutschen Secondhand-Läden landen, sondern an Großhändler weiterverkauft werden, die dann wiederum die Märkte in armen Ländern mit unseren alten Klamotten überschwemmen und so der lokalen Textilindustrie Konkurrenz machen. Aber dann musste dieses Thema einem Artikel über die Herstellungsbedingungen von Billigkleidung weichen. So ist das leider manchmal.



Der Absturz einer Insel

Es sah ganz nach einem Paradies aus: In den 1970er-Jahren hatte der Pazifikstaat Nauru kurzzeitig neben Saudi Arabien das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Das lag daran, dass die Insel über große Phosphatvorkommen verfügte, die sich ausbeuten und zu Geld machen ließen. Fortan lebten die Menschen auf Nauru in Saus und Braus. Die Bürger zahlten keine Steuern, Strom und Gesundheitsversorgung waren kostenlos. Man leistete sich bis zu sechs Autos pro Kopf. In den 1990er-Jahren erschöpften sich die Rohstoffe jedoch. Innerhalb kurzer Zeit sank Nauru auf das ökonomische Niveau eines Entwicklungslandes zurück. Es zeigte sich, dass die Gewinne schlecht angelegt waren (unter anderem in eine Reederei, eine Fluglinie und ein Musical in London). Auch wenn Nauru bis heute ein leuchtendes Beispiel dafür ist, wie Bodenschätze zum Fluch werden können (und wir natürlich liebend gerne dorthin gereist wären), fanden wir die Reportagen über das bedingungslose Grundeinkommen in Namibia und den Kupferabbau in Sambia wichtiger für unser Heft.

Hoi Polloi

zum Thema



Impressum

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung
Ausgabe 45, Winter 2012-2013
Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0228/99515-0

Redaktion
Thorsten Schilling (verantwortlich/Bundeszentrale für politische Bildung/schilling@bpb.de),
Fabian Dietrich (CVD),
Oliver Gehrs (redaktionelle Koordination)

Redaktionelle Beratung
Annika Meixner, Johannes Piepenbrink

Bildredaktion
Carmen Brunner

Artdirektion
Jan Spading

Layout
Johannes Kempe

Mitarbeit
Imke Emmerich, Arno Frank, Oliver Geyer, Hadija Haruna, Bernd Kramer, Andreas Pankratz, Alice Odiot, Bastian Schwarz, Arne Semsrott, Annabelle Seubert, Anjana Shrivastava, Kai Strittmatter, Christine Wollowski, Heiko Zwirner

Dokumentation
Kathrin Lilienthal

Schlussredaktion
Sven Barske, Florian Kohl

Lithografie
Meike Jäger

Redaktionsanschrift/Leserbriefe
fluter-Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, DUMMY Verlag, Torstraße 109, 10119 Berlin,
Tel. 030/300230-233, Fax -231, post@fluter.de

Redaktionelle Umsetzung
DUMMY Verlag GmbH
Torstraße 109, 10119 Berlin
ISSN 1611-1567
Bundeszentrale für politische Bildung
info@bpb.de
www.bpb.de

Abonnement & Leserservice
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Zeitschriftenvertrieb „fluter“
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main
Tel. 069/7501-4827, Fax -4502
fluter@fs-medien.de

Vertriebsleitung
Klaus Hofmann
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main
Tel. 069/7501-4827, Fax -4502
zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de

Kostenloses Abo bestellen, verlängern oder abbestellen
www.fluter.de/abo
abo@heft.fluter.de

Nachbestellungen
IBRO
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax 038204/66-273, bpb@ibro.de
Nachbestellungen von fluter werden von 1 kg bis 15 kg mit 4,60 Euro kostenpflichtig.

Druck
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/983-5601, Fax -585601
akzidenz@wvd-online.de

Bildnachweise
Cover: Isabel Winarsch; S.3 Alessandro Imbriaco;
S.4 Jindrich Novotny, Modrow/laif; S.7/8 Frank Höhne;
S.10 Dawin Meckel/Ostkreuz; S.11 Anne Schönharting/Ostkreuz; S.12/14/17/18/20/23/24 Jindrich Novotny; S.15 Steffen Roth/Agentur Focus; S.16 Isabel Winarsch; S.19 Steffen Roth/Agentur Focus; S.22 Isabel Winarsch; S.26/27 Ole Häntzschel; S.28/30 Meinrad Schade, Martin Parr/Magnum Photos/Agentur Focus; S.32-35 Dulce Pinzón; S.36 Modrow/laif; S.38 Tobias Kruse/Ostkreuz, Andrew Holbrooke/Corbis; S.40 Tobias Kruse/Ostkreuz; S.41 Enrico Fabian; S.42/43 Francesco Zizola/NOOR; S.44 Joao Pina/Redux/laif, TOMAS MUNITA/The New York Times/Redux/laif; S.46 Dirk Haarmann; S.47/48 Thomas Meyer/Ostkreuz; S.49 Patrik Stollarz/Getty Images, Martin Langer/Agentur Focus, Eileen Rahn; S.50 Hoi Polloi

Papier
Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Vorschau

Bis zum nächsten fluter

Und? Hat euch der fluter so inspiriert, dass ihr nun noch im Internet schaut, was wir so zum Thema zu sagen haben? Oder schaut ihr lieber bei Facebook oder Youtube rein? Fest steht, dass das Internet aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Ob es um die Kommunikation mit Freunden geht oder um die Recherche für eine Hausarbeit. Es ist so wichtig geworden, dass wir jetzt einfach mal ein Heft darüber machen. Das nächste, das im Frühjahr kommt.